

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pfg., frei ins Post-  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit Illustration Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 abonnements: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7497.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-  
 netze oder deren Raum 40 Pfg., für  
 Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1808.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Dienstag, den 23. November 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

### Die Vereinigten Staaten von Europa,

dieses Wort, das so häufig seit dem Jahre 1848 von Demokraten verschiedener Länder und auch nicht selten von Sozialdemokraten gebraucht wurde, es klingt nun aus der in unserer letzten Nummer bereits erwähnten Rede des österreichisch-ungarischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in unsere Ohren. Freilich versteht der österreichische Staatsmann etwas anderes darunter als die fortgeschrittene Demokratie; aber selbst das, was Graf Soluchowski andeutet, ist schon beachtenswert, wenn auch zwischen seiner Andeutung und der Verwirklichung des Gedankens einer defensiven Zollvereinigung der europäischen Staaten gegen die Konkurrenz Amerika's und Ostasiens eine Welt von Schwierigkeiten liegt.

Die Rede des Grafen Soluchowski wird zu vielen Erörterungen Anlaß geben. Uns scheint vor allem, daß sie folgende Fragen zur Beantwortung stellt:

1. Ist es dem österreichischen Minister mit seiner Ankündigung ernst oder bedeutet sie nur einen Schreckschuß gegen die Vereinigten Staaten, um sie zur Milderung ihrer Einfuhrerschwerungen gegenüber den exportierenden Staaten Europa's zu zwingen?
2. Sind die für ein solches Bündnis maßgebenden Kreise heute schon von der Notwendigkeit eines solchen Zusammenschlusses der europäischen Mächte überzeugt und bereit, die durch dasselbe auferlegten Opfer zu bringen?
3. Ist die Konkurrenz Amerika's in Ostasien schon so gefährlich, um in nächster Zukunft so schroffe Gegenmaßnahmen zu rechtfertigen?
4. Kann Europa ohne Schaden die unvermeidlichen Repressionsmaßnahmen der von unserer Erdtheil durch Prohibitivzölle serriegelten Wirtschaftsgelände ertragen?
5. Gibt es für die Volkswirtschaft Europa's nicht noch andere Mittel, als den auf rücksichtslosste geführten Zollkrieg, um seine Konkurrenzfähigkeit gegen die so gefährlichen Feinde zu stärken?

Wir haben bloß die wichtigsten der sich aus der Soluchowski'schen Ankündigung ergebenden Fragen hier aneinander gereiht. Die geringe Klarheit der Ankündigung, der Mangel an Vorschlägen zur Lösung der angeschnittenen Frage, welche Momente das „Journal des Debats“ konstatiert, ließen unsere Fragestellung noch bedeutend erweitern; diese Umstände verurursachen es auch, daß die Presse noch nicht recht weiß, was sie mit den großen Worten des Grafen Soluchowski anfangen soll.

Wir wollen in Kürze zu den selbst aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.

Die Unternehmner in Industrie und Landwirtschaft sind, wenn auch aus sehr verschiedenen Ursachen, durch die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten schwer bedrängt, die Großgrundbesitzer durch die Einfuhr von Getreide, Fleisch, Speck, Obst, Pfeffer und anderer landwirtschaftlicher Produkte aus den Vereinigten Staaten, während die gewerblichen Unternehmer vorerst die steigende Anfuhr amerikanischer Industrieerzeugnisse weniger beklagen, als die Erschwerung der Einfuhr ihrer Waaren nach den Vereinigten Staaten durch die Mac Kinley-Bill. Die Erschwerung des Zuder- und Spiritusexportes nach der Union ist endlich auch eine schwere Sorge der Ostelbier. Hier hört aber schon die Gemeinschaft der Interessen dieser beiden mächtigen Gruppen auf, die Agrarier wollen nämlich schroffen Auftreten gegen die Union, Verschließung unserer Grenzen gegen die Einfuhr der Produkte der amerikanischen Landwirtschaft, während die Großindustriellen den amerikanischen Markt wiedergewinnen wollen, was aber nur durch Konkurrenz an die Union, vor allem durch Erleichterung der Einfuhr amerikanischer Landwirtschaftsprodukte zu ermöglichen dürfte. Die Umgebung Europa's mit einer chinesischen Mauer gegen den Wettbewerb Amerika's ist für die Agrarier ein Ziel, das sie aufs innigste wünschen; für viele Industrien würde eine solche Maßregel langjähriges Siechtum, ja den Tod bedeuten.

Die europäischen Staaten haben im Fiskaljahre 1894/95 Waaren im Werthe von 833 646 000 Dollars, also über mehr als 1 1/2 Milliarden Mark nach den Vereinigten Staaten exportiert; das Unterbleiben dieses Riesenexportes würde zu einer der schwersten Krisen in Europa, zu einem Vernichtungskrieg zwischen den europäischen Industrien untereinander führen. Ungeheure jahrelange Arbeitslosigkeit und damit steigende Auswanderung, dauernde Unterernährung der Massen wäre die selbstverständliche Folge, die auf die heimische Landwirtschaft, der ja der Wettbewerb Rußlands, Oesterreich-Ungarns und der unteren Donauländer nicht erspart bliebe, zurückwirken würde, ihr also trotz des Fernhaltens der amerikanischen Konkurrenz schweren Schaden brächte.

Diese Ausführungen zeigen schon, daß die Ankündigung des Grafen Soluchowski nicht die Wirkung eines Schreckschusses auf die amerikanische Schutzpolitik haben, daß sie kaum Einfuhrerleichterungen herbeiführen wird; sie beweisen ferner, und dies zeigen auch die Andeutungen, die man über die Arbeiten des Zollbeiraths erhält, daß der Widerstreit der Interessen von Agrarierthum und Exportindustriellen viel zu groß ist, um die Verwirklichung der Soluchowski'schen Gedanken zu ermöglichen. Die Konkurrenz der Vereinigten Staaten sinkt langsam in bezug auf die landwirtschaftlichen Produkte und steigt langsam aber vorerst nicht bedrohlich bezüglich der industriellen Produkte. Und was Ostasien anlangt, so ist es gerade die Hoffnung unserer Exportindustriellen, dort neue

große Absatzgebiete zu gewinnen. Wohl ist Japan heute schon in die Reihen der Exportstaaten gerückt, wohl tritt es auf den südasiatischen Märkten, vor allem in Singapur, als Preisunterbieter den europäischen Exporteuren gegenüber, aber so schroffe Maßnahmen, wie die Umgebung Europa's mit einer chinesischen Mauer gegen die Produkte der Vereinigten Staaten und Ostasiens rechtfertigt die Lage noch lange nicht. Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß ein Zeitpunkt eintreten wird, wo Europa auf Mittel sinnen muß, um dem ihm aufgedrungenen, zum großen Theil übrigens mit europäischen Kapitalen geführten Konkurrenzkampf gegen die eigene Produktion zu begegnen. Dieser Zeitpunkt ist aber noch nicht da und die vom Grafen Soluchowski empfohlene chinesische Mauer ist das plumpste und wahrlich ungeeignetste Mittel, um Europa in diesem Kampfe mit den aufstrebenden Wirtschaftsgebieten zu schützen.

Der Zollkrieg der „vereinigten Staaten von Europa“ würde nicht bloß mit der Schließung des Marktes der Vereinigten Staaten für unsere Anfuhr beantwortet werden; die erste Gegenmaßregel der mächtigen großen Republik jenseits des Ozeans wäre die Zusammenfassung der amerikanischen Staaten, vielleicht sogar mit Einschluß der englischen Kolonien in Amerika zu einem panamerikanischen Zollgebiete, wodurch die Vereinigten Staaten sich große sichere Absatzgebiete verschaffen und den Anfuhrhandel ihrer Gegner weiter gewaltig einengen würden.

Auch Japan und China müßten zu Repressionsmaßnahmen schreiten und die Lage der europäischen Exportindustrien würde durch die Politik, deren Sprachrohr der Graf Soluchowski war, in die denkbar schwierigste Situation kommen, ihre verzweifelte Lage würde auf alle übrigen Erwerbszweige rückwirken und den Zusammenbruch der heutigen Ordnung nur außerordentlich beschleunigen.

Dies sind Erwägungen, denen sich die Politiker nicht verschließen können; man karirt heute nicht die durch den schroffen Konkurrenzkampf erkrankte Wirtschaft, indem man die Weltwirtschaft in Erdtheilwirtschaften zerstückelt. So fährt man bloß die Weltkrisis herbei, so handelt man logischerweise nur als Testamentsvollstrecker der heutigen Wirtschaftsordnung!

Und doch glauben wir, daß der österreichisch-ungarische Minister des Äußeren, wenn er auch in erster Linie einen Druck auf die Hochfinanzhölzer der Vereinigten Staaten ausüben wollte, doch das weitere Ziel der Wehrhaftmachung Europa's gegen die fürs nächste Jahrhundert drohende Steigerung der Konkurrenz Amerika's und Ostasiens im Auge hatte. Die handelspolitischen Räte im Wiener Auswärtigen Amte sind kaum so miltig, daß sie nicht die Schwäche der von ihrem Chef vorgeschlagenen Kompromittel einsehen würden; aber sie sind gebunden, die wirklichen Mittel nicht zu empfehlen. So gut wie wir wissen sie, daß politische Gründe die Konkurrenzfähigkeit Europas erschweren, die Amerika erleichtern. Amerika verspürt den Steuerdruck und den Militarismus, der auf Europa lastet, von dem es selbst fast völlig frei ist, nur als eine seine eigene Konkurrenzfähigkeit steigende, die Europa's verniedernde Erscheinung. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind frei von den Zwischengrenzen Europa's wie von der konservativen, die wirtschaftliche Entwicklung hemmenden Mittelstandspolitik, die die größten Opfer dem Volke auferlegt, um absterbende, konkurrenzunfähige Betriebsformen gegenüber dem Wettbewerb des Großbetriebes zu erhalten. In Amerika hemmt man nicht durch Volksverdummung und Polizeidruck, durch militärischen Drill und religiöse Zucht die freie Entwicklung der Geister, der frische Hauch des Lebens fördert dort Wagemuth, Erfindungsgeist und Unternehmungslust.

Uns nach diesen Richtungen Amerika gleich zu machen, verabsäumen die Herren in den gestickten Ministerfracks. Würden sie so — und dies ist der einzige gangbare Weg — die Konkurrenzfähigkeit des alten Europa's gegen das junge Amerika und das neuwachende Ostasien stärken, so würden sie die Unterlagen zerstören, auf denen die Herrlichkeiten ihrer eigenen Macht beruhen. Und doch muß trotz des Widerstandes der in ihrem eigenen Interesse konservativen Mächte der hier vorgezeichnete Weg gegangen werden. Da ihn die Mächte der absterbenden Ordnung nicht gehen wollen und können, müssen ihn die Mächte der Zukunft anbahnen.

So werden nicht die „vereinigten Staaten Europa's“ den Untergang unserer Wirtschaft und unserer Kultur verhindern, sondern

#### die vereinigten Völker Europa's!

### Die österreichische Sozialdemokratie und der österreichisch-ungarische Ausgleich.

In einer riesig besuchten Massenversammlung — tausende konnten in den überfüllten Saal nicht mehr gelangen — nahmen Freitag Abend die Wiener Sozialdemokraten Stellung zur brennenden Ausgleichsfrage. Die Abgeordneten Dr. Verant, Dazynski und Berner referierten sachlich und ausführlich. Wir lassen sie in der Versammlung angemessene Resolution folgen, die den Standpunkt unserer österreichischen Genossen in dieser gegenwärtig brennenden Frage zusammenfaßt:

Der österreichisch-ungarische Ausgleich wurde im Jahre 1867 nach zahlreichen Niederlagen der feudalen, liberalen Militärpartei von dieser mit dem ungarischen Grundabgelassen. Diesem Frieden, der nach Königgrätz eine Bedingung für die Aufrechterhaltung der Großmachtsstellung Oesterreichs war, hat die öster-

reichische Bourgeoisie ihre nachträgliche Zustimmung erteilt, wobei sie so vorsichtig war, die Kriegskosten dem arbeitenden Volke aufzuladen, das damals ohne jede Vertretung im österreichischen Parlament war.

Heute stehen wir vor einer der periodischen Erneuerungen des wirtschaftlichen Ausgleiches mit Ungarn.

Zum ersten Mal ist es dem Proletariat möglich, durch seine Vertreter im Abgeordnetenhaus Stellung zu diesem Ausgleich zu nehmen. Pflicht der Arbeiterschaft ist es deshalb, auch ihre Ansicht klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Der staatsrechtliche Ausgleich hat vor allem im Interesse der Dynastie die Gemeinfauteit des Meeres festgelegt. Er ist dadurch die Grundlage des Militarismus geworden, unter dessen Lasten das arbeitende Volk beider Theile der Monarchie zusammenbrechen droht. Die allgemeine Wehrpflicht trifft gerade die Söhne der Bauern, Handwerker und Arbeiter am schwersten, während die Bourgeoisie es verstanden hat, die Dienstpflicht ihrer Söhne auf ein geringes Maß herabzudrücken. Neben der Blutsteuer muß das arbeitende Volk auch die Mittel aufbringen, um den mannsgefest steigenden Anforderungen des Militarismus zu genügen. Die Zolleinnahmen, die in erster Reihe zur Bekämpfung der gemeinsamen Ausgaben dienen, haben seit 1867 durch Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse (Getreide, Fleisch, Petroleum, Kaffee etc.) eine Steigerung um 200 pCt., die Verzehrungssteuern um weit mehr als 200 pCt. erfahren. Dabei hat die österreichische Bourgeoisie in ihrer Rücksichtslosigkeit sich dazu verstanden, auch einen Theil jener Lasten auf Eisenbahnen zu übernehmen, die von reichsweigen Ungarn treffen sollten. Oesterreich ist in allen Beziehungen gegen Ungarn schwer benachtheiligt. Von den gemeinsamen Lasten wurde nominell nur Oesterreich eine Quote von 68,6 pCt. gewälzt, während Ungarn nur 31,4 pCt. zu zahlen hat. In Wirklichkeit ist das Quotenverhältniß noch viel ungünstiger und dürfte sich auf 75:25 drücken, so daß Oesterreich nicht zwei Drittel, sondern drei Viertel der gemeinsamen Lasten zu tragen hat.

Uebrigens ist das Zoll- und Handelsbündniß, das die nothwendige wirtschaftliche Gemeinschaft und gegenseitige Förderung bringen sollte, zu den bekanntesten agrarischen Ausschreitungen der ungarischen Großgrundbesitzer auf Kosten der Arbeiterschaft und einzelner Exportindustrien mißbraucht worden. Die Brot- und Fleischpreise, aber auch die Löhne haben dadurch eine ungünstige Beeinflussung erfahren.

Angesichts dieser Thatsachen müssen wir erklären: Wir verstehen es zwar, daß bei den überall zu tage tretenden Bemühungen auf Schaffung großer, zusammenhängender Wirtschaftsgebiete Oesterreich und Ungarn darauf angewiesen sind, ihre wirtschaftliche Gemeinschaft zu pflegen und auszubauen. Wir müssen aber dagegen entschieden Protest erheben, daß der Endzweck dieser Gemeinschaft vor allem in der systematischen Pflege des Militarismus gesucht wird. Wir müssen Verwahrung dagegen einlegen, daß die Lasten des Militarismus in so unerhörtem Maße auf das arbeitende Volk, insbesondere auf das arbeitende Volk in Oesterreich gewälzt werden.

Wir fordern, daß unter Aufrechterhaltung des Zoll- und Handelsbündnisses die Zölle auf nothwendige Lebensbedürfnisse der Massen beseitigt, die bestehenden Zolleinnahmen aber nach dem Bestimmungslande der importierten Waaren aufgetheilt werden.

Wir fordern ferner in Konsequenz der staatlichen Parität auch die wirtschaftliche Parität und deshalb die Gleichheit der Quote: 50 zu 50 ist der einzige Schlüssel für die Aufhebung der gemeinsamen Ausgaben.

Wir fordern vor allem eine Eindämmung des Militarismus und die Bestreitung der Kosten des Heeres aus den direkten Steuern, insbesondere aus einer entsprechend erhöhten progressiven Einkommensteuer.

Die fortschreitende Entwicklung der Industrie in Ungarn macht aber auch noch andere Maßnahmen nöthig. Diese Entwicklung aufhalten zu wollen, wäre ebenso nutzlos als thöricht, aber im Interesse der österreichischen wie der ungarischen Arbeiter ist zu fordern, daß in Ungarn wenigstens ein gewisses Minimum von Arbeiterschutz-Bestimmungen zur Durchführung komme. Die ungarische Industrie heimt zum Theil enorme Profite ein, und sie kann und muß gezwungen werden, mindestens einen Theil jener Vortheile einzuführen, die in Oesterreich sich als für die Arbeiter freilich noch lange nicht ausreichend, aber als zweifellos durchführbar erwiesen haben. Jedoch verwarren wir uns entschieden dagegen, daß dieser auf Ungarn ausübende Druck dazu mißbraucht werde, um die in Oesterreich unanfechtbaren Fortschritte im Arbeiterschutz aufzuhalten. Die sozialpolitische Gesetzgebung darf weder zu den Gegenständen gehören, die nach „gemeinsamen Grundfragen“ behandelt oder gar zu einer „gemeinsamen Angelegenheit“ gemacht werden.

Gegen die Fortdauer der durch den Ausgleich geschaffenen unethischen Zustände anzukämpfen, ist Pflicht eines jeden Sozialdemokraten. Aber auch die durch das Ausgleichsprovisorium uns für ein Jahr zugemuthete Fortdauer der Wehrbelastung muß entschieden zurückgewiesen werden. Die Regierung des Grafen Badeni hat sich als unfähig erwiesen, die Interessen des Landes gegenüber Ungarn zu vertreten, sowie sie durch ihre innere Politik Oesterreich selbst in heilloser Wirrsal gestürzt hat. Die Arbeiterschaft bringt der gegenwärtigen Regierung das tiefste und vollste begründete Mißtrauen entgegen und erwartet deshalb vom Sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhaus, daß er rücksichtslos und unerbittlich von allen Einflüssen dieser Regierung das Ausgleichsprovisorium in seiner vorliegenden Fassung, jeder Regierung aber einen Ausgleich mit ungerechtfertigter Belastung für Oesterreich verweigern werde.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 22. November.

**Konservative Versammlungen.** Dr. Kreutz hatte kürzlich im „Deutschen Wochenblatt“ Angriffe gegen die Führung der konservativen Partei gerichtet. Jetzt antwortet in demselben Blatt Graf Mirbach. Ueber seine Anstellungen, die eine Entschuldigung für die ungenügende Leitung der Parteiangelegenheiten darstellen sollen, ist folgendes Geständniß recht erbaulich zu lesen:

„Wohl niemand wird eine Arbeit, zu der er nicht durch Natur oder Lebensstellung gezwungen ist, nachhaltig leisten, wenn er



sie nicht gerne, wenn er sie nicht freudig thut. Für einen konservativen Politiker ist das seit einigen Jahren aber recht schwer. Wie wenigstens ist die Freudigkeit an politischer oder wirtschaftspolitischer Arbeit längst abhanden gekommen. Die Zeit, als Fürst Bismarcks Einfluss noch waltete, war allerdings eine ganz andere. Man konnte damals auf einen festen und bestimmten Kurs und auf eine thätigste, machtvolle Unterstützung des eingeschlagenen Kurses rechnen. Heute ist ein bestimmter Kurs nicht erkennbar; man hört gar oft schöne Worte, aber Thaten bleiben entweder ganz aus, oder treten nur schüchtern hervor. Was beispielsweise für unsere so schwergeprüfte Landwirtschaft seit 1890 durchgeführt wurde, verdanken wir nicht der thätigsten Unterstützung der Regierung, sondern fast ausschließlich dem Ringen der parlamentarischen Vertreter und ihrer Hintermänner im Volks. Grobes, Bedeutsames ist dieserhalb außer der Befestigung des Börsen-Termingeschäftes in Getreide und Mühlenfabrikaten — die von hervorragender prinzipieller Bedeutung ist — nicht erreicht. Lediglich kleine Mittel wurden versucht, aber auch nur zögernd und zaghaft, zumal wenn das Ausland mit seinen entgegengekehrten Interessen dabei in Frage stand.

Diese Auslassung des Grafen Mirbach ist höchst kennzeichnend für die Sinnesart unserer Konservativen. Von der Regierung her erwarten sie alles Heil. Nicht genug, daß ihre Partei überhaupt nur durch die Hilfe des Regierungsapparates existirt, verlieren sie jede Lust an der Ausübung der ihnen von ihren Wählern übertragenen Pflichten, sobald die Regierung nicht alles thut, was sie wünschen, sobald Schwierigkeiten in ihren Weg treten. Denn der „feste und bestimmte Kurs“, den Graf Mirbach wünscht und dessen Fehlen ihn so arg verdrießt, ist natürlich kein anderer als ein Agrarier-Kurs, ein Kurs der Doppelwährungs-Experimente und Getreidezoll-Erhöhungen.

Das sind die tapferen deutschen Männer, die sofort, wenn sie auf eigenen Füßen stehen sollen, ins Wanken gerathen und ängstlich in den Knien schlattern. Das sind „Volksvertreter“, die, sobald die Regierung nicht durch Dick und Dünn mit ihnen geht, sich auf ihre heimathlichen Hüter, beziehentlich unter ihre „geflüchteten Strohdächer“ zurückziehen und im Schmollwinkel sitzen bleiben.

Flau und matt fließen die konservativen Wasser. Bald nur noch ein überkriechender Sumpf!

**Unabhängigkeit der Gerichte.** Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Sachsen eine sehr eigenthümliche Mittheilung über Zustände beim sächsischen Ober-Landesgericht gemacht. Das Blatt schreibt:

Der Ober-Landesgerichtsrath Sommerlatt in Dresden hat eine Enquete über das Verfahren der deutschen Ober-Landesgerichte in Berufungssachen veranfaßt. In einem Fragebogen befand sich auch die Frage, ob bei dem betr. Ober-Landesgericht Einrichtungen zur Vermeidung widersprechender Urtheile der einzelnen Senate bestehen, insbesondere ob die Urtheile vor der Verkündung dem Ober-Landesgerichtspräsidenten vorgelegt werden, damit dieser bei Widersprüchen oder sonstigen Bedenkllichkeiten eine nochmalige Erörterung oder eine Neußerung der übrigen Senate einhole. Die Antworten sind im „Sächsischen Archiv“ für bürgerliches Recht und Prozeß veröffentlicht. Eine große Anzahl der Ober-Landesgerichte hat der Antwort, daß derartige Einrichtungen bei ihnen nicht bestehen, auch den selbstverständlichen Grund hinzugefügt, daß sie reichsrechtlich wünschenswert seien. Der Präsident eines Ober-Landesgerichts ist, wenn er sich nicht gerade um den Senat handelt, in dem er den Vorsitz führt, ein bloßes Organ der Justiz-Verwaltung. Als solchem ist es ihm nach § 195 des Gerichtsverfassungsgesetzes untersagt, bei Beratung des Gerichtes auch nur anwesend zu sein, geschweige denn gar sich das unferstige Urtheil vorlegen zu lassen und eine Einwirkung darauf zu üben. Nur vom Ober-Landesgericht Dresden wird ganz naiv gemeldet, daß es sich in offenem Widerspruch zum Reichsrecht Plebenentscheidungen in Reichsgericht geschaffen hat, daß dem Präsidenten des Ober-Landesgerichts sogar alle Urtheile vor der Verkündung zur Durchsicht vorgelegt werden. Wenn man bisher vor der merkwürdig einseitigen Rechtsprechung des sächsischen Ober-Landesgerichts in Sachen der Vereins- und Versammlungsfreiheit, sowie in allen freiheitlichen Fragen, die zu seiner Kompetenz gehören, wie vor einem Räthsel stand, so ist jetzt der Räthsel Lösung gegeben.

Wir sind im Augenblick nicht in der Lage, das „Sächs. Archiv“ einzusehen. Wir müssen aber sagen, daß wir geneigt sind, an ein Mißverständnis zu glauben. Denn eine derartige häufig geübte und rohe Willkür der sächsischen obersten Richter halten wir, was unser Urtheil über diese Richter auch noch so ungünstig sein, für geradezu unmöglich. Denn wenn sich die Sache so verhielte, wie mitgeteilt wird, so läßen wir uns Zuständen in der Justiz gegenüber, wie sie für ganz undenkbar gehalten werden müssen.

Freilich ist sicherlich die Auffassung der „Frankfurter Zeitung“, daß sich durch das aus dem „Sächsischen Archiv“ erkannte Verfahren eine einheitliche Rechtsprechung des sächsischen Ober-Landesgerichts in Sachen der Vereins- und Versammlungsfreiheit erkläre. Die Einheitlichkeit dieser Rechtsprechung erklärt sich vielmehr aus der einfachen Thatsache, daß es beim sächsischen Ober-Landesgericht für Strafsachen überhaupt nur einen Senat giebt. Eine andere Frage ist es, wobei die überaus reaktionäre Art der Rechtsprechung dieses Gerichtshofes ruht. Und da ist es ja bekannt genug, daß der sächsische Justizminister offen zugegeben hat, daß er gewisse Urtheile „zum Gegenstand der Rückprache mit den Gerichten“ zu machen pflege. Schon dieses Zugeständniß zeigt, was für sonderbare Auffassungen jene Kreise von der Unabhängigkeit der Richter haben. Im Volk, besonders in Sachsen, ist ja der Glaube an diese Unabhängigkeit längst im Schwinden. Sollte sich die Mittheilung der „Frankfurter Zeitung“ bestätigen, so wäre es — wenn es sich auch hierbei nur um Zivilsachen handeln kann — um das Aufheben der sächsischen Justiz vollends geschehen.

Genaugende Garantien für die Unabhängigkeit der Richter sind ja in der jetzigen Gerichtsverfassung überhaupt nicht gegeben. Sie wären erst gegeben, wenn die Forderungen, die unsere Partei wiederholt gestellt hat, insbesondere die Forderung des Austritts der Richter nach Altersstufen, durchgeführt würden.

### Deutsches Reich.

— Nachdem der wirtschaftliche Ausschuß und dessen Kommissionen am 15. und 16. d. M. unter Leitung des Staatssekretärs Grafen von Posadowsky-Wehner die Grundzüge einer Produktionsstatistik berathen haben, sind, wie der „Reichs-Anz.“ meldet, durch das im Reichsamt des Innern für den wirtschaftlichen Ausschuß gebildete Bureau die Ausführungsarbeiten in den Gruppen: Textilindustrie, Metallindustrie, chemische, Glas-, Papier- und keramische Industrie, Landwirtschaft, Nahrungs- und Genussmittel, alsbald in Angriff genommen worden. Das Verfahren richtet sich nach den Verhältnissen des einzelnen Produktionszweiges. In der Gruppe für Textilindustrie wird in den nächsten Tagen die Vernehmung einer größeren Anzahl von Sachverständigen erfolgen; in den übrigen Gruppen sollen zunächst Fragebogen verschiedener Art zur Verfertigung gelangen.

— Die Ernennung des Freiherrn v. Marshall zum Volschaster bei der ottomanischen Porte wird nun, nachdem der frühere Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten schon seit fast einer Woche sein Beglaubigungsschreiben dem Sultan überreicht hat, vom „Reichs-Anzeiger“ amtlich gemeldet. In der Aktualität ist unser Amtsblatt nicht mehr zu übertreffen.

— Der Bund der Landwirthe macht mobil. Der Ausschuß des Bundes der Landwirthe versammelte sich am Sonntag im Reichstagsgebäude zu einer langen und, wie es in der

offiziösen Kundmachung heißt, erfolgreichen Sitzung, an der Ausschußmitglieder aus allen Theilen Deutschlands theilnahmen. Die Beratungen waren selbstverständlich vertraulich. Sie beschäftigten sich mit dem bekannten Antrage auf zeitweises Verbot der Getreideeinfuhr, mit der Stellungnahme zu den bevorstehenden Reichstagswahlen, mit der Vorberathung der Handelsverträge und anderen schwebenden Fragen. Es ergab sich in allen Hauptfragen volle Uebereinstimmung mit den Maßnahmen des Vorstands und volle Einmüthigkeit in der Stellung zu den Wahlen und zu den nächsten und weiteren Aufgaben der Zukunft.

Ob die Führer der Konservativen sich über die Selbstzufriedenheit der Wähler eben so freuen werden, darf münchlich bezweifelt werden.

— Wie um die Regierungsvorläufe gegen das Duell zu ironisiren, kommt folgende telegraphische Nachricht aus Bremen:

Heute früh fand auf dem hiesigen Schießstande ein Pistolenduell unter schwersten Bedingungen zwischen den Soldatenleuten v. Schönbeld und Siegmund von 75. hanseatischen Regiment statt. Schönbeld wurde durch die Brust getroffen, sein Zustand ist hoffnungslos.

Die vielgerühmte Reform der militärischen Ehrengerichte scheint nicht recht wenig gescheit zu haben. Und ebenso dürfte der neue Entsch des Justizministers auf die zivilen Duellbolde wenig Eindruck machen.

— Aus dem Reich des Herrn Thielens. Die Eisenbahndirektion Kassel ist durch die in Nr. 283 des „Vorwärts“ gebrachte Richtigstellung einiger Angaben, die wir in Nr. 248 unseres Blattes über Verhältnisse im Eisenbahnbereich des dortigen Bezirks gemacht hatten, noch immer nicht beruhigt. Sie stellt an uns das sonderbare Verlangen, ihre Richtigstellung nochmals abdruckend, weil wir einige Stellen derselben nicht gebracht hätten und weil ein Druckfehler unterlaufen sei. Wir nennen dies Verlangen sonderbar, weil wir thatsächlich zur Aufnahme einer solchen Berichtigung, wie sie uns die genannte Behörde zusandte, überhaupt nicht verpflichtet waren. Wir haben trotzdem alles wesentliche gern wiedergegeben, da wir es für unsere Pflicht halten, etwaige Irrthümer, die uns durch Mittheilungen von auswärtig unterlaufen sind, zu korrigiren. Etwas weiteres aber von uns zu verlangen, hat die Eisenbahndirektion kein Recht, weder ein gesetzliches noch ein moralisches. Wir berichtigten nur noch den schon erwähnten Druckfehler; die Eisenbahndirektion hatte uns geschrieben: „Es ist unrichtig, daß in den letzten drei Jahren im Direktionsbezirk Kassel über fünfzehn Stationen II. und III. Klasse zu Haltestellen umgewandelt und hierdurch etwa 50 000 M. Ersparnisse jährlich erzielt worden sind.“ In der letzten Zahl war im Druck eine Null zu wenig gebracht worden.

Aus Soest wird der „Rhein. Btg.“ geschrieben: Fast übermensliche Anstrengungen wurden an die Beamten der hiesigen Eisenbahnstation gestellt, ehe der Erweiterungsbau des Bahnhofes fertig wurde. Bei 12stündiger Dienzeit, auch des Nachts, hatte der Stationsbeamte 84 ein- und ausfahrendezüge abzufertigen; und da die Betriebsordnung es vorschreibt, so muß der Beamte sich jedesmal von dem richtigen Stande der Weichen und dem Preis der der Geleise überzeugen. Die Assistentenbude war aber 500 bis 600 Meter von dem Weichen entfernt, der Beamte hat also jedesmal einen solchen Weg zurückzulegen und würde somit während jeder Dienstperiode etwa 50 Kilometer gelaufen sein. Gleichzeitig hatte der Beamte jedesmal 7 bis 9 Geleise, in denen rangirt wurde, zu überschreiten; er durfte, wenn er den Dienst überhaupt bewältigen wollte, sich nicht an die Bestimmung halten, die den Beamten verbietet, unter den im Wege stehenden Wagen hindurch oder über sie zu klettern. Der Bahnhof war zudem in einem Theile garnicht erleuchtet, der übrige Theil war nur schwach erleuchtet. Dabei hat der Beamte noch all die Nebenarbeiten zu verrichten; auch muß er den zahlreichen Zugführern u. s. w. Rede und Antwort stehen. Als die Betriebsämter noch bestanden, ordnete der Eisenbahndirektor Göbel an, daß dem Beamten ein Telegraphist als Hilfskraft beigegeben werde; daß dauerte aber nur bis zum Eingehen der Betriebsämter, obwohl der Verkehr sich nicht etwa verringert, sondern wesentlich gehoben hatte. Der Stations-Assistent Wellmer hat in einer solchen Nacht ein Versehen begangen und einen Güterzug in ein Geleise fahren lassen, in dem einige leere Wagen standen. Der entstandene Sachschaden war gering. Die Strafkammer in Dortmund, vor der Wellmer heute stand, hielt das niedrigste Strafmaß, einen Tag Gefängniß, als ausreichende Sühne für das Versehen. Die Kollegen des Angeklagten bekundeten, es sei einem Beamten unmöglich, den Dienst zu versehen, ohne die erlassenen Verordnungen zu verletzen.

— Chronik der Eisenbahnunfälle. Aus Essen wird heute telegraphirt: Gestern Abend kurz nach 8 Uhr stieß ein von der Zeche „Zollverein“ kommender Güterzug hinter der Station Katernberg mit einem von Altensessen kommenden Güterzug zusammen. 18 Wagen wurden schwer beschädigt und eine Anzahl von dem Geleise geworfen. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen; ein Rangiermeister wurde leicht verletzt. Der um 8 Uhr 6 Minuten sällige Schnellzug Köln-Berlin konnte noch kurz vor der Unfallstelle angehalten werden.

— Oberförster Lange kontra Fürst Bismarck. Die Klagefache des kürzlich in den Ruhestand getretenen Oberförsters Lange gegen den Fürsten Bismarck wird nunmehr am 10. Dezember dieses Jahres vor der IV. Zivilkammer des Landgerichts in Altona zur Verhandlung kommen. Es handelt sich hierbei bekanntlich um die Frage, ob der ehemalige Oberförster Lange nach dem Fortfall der feinerzeit mit dem Fürsten Bismarck abgeschlossenen Engagementsverträge zu einem Ruhegehalt von 4500 oder von 5400 Mark pro Jahr berechtigt ist.

— In Sachen Helgoländer Einwohner gegen den preussischen Marineoffizier wegen Entschädigung in Höhe von mehr als einer halben Million Mark fand dieser Tage wiederum ein Termin vor der Zivilkammer des Landgerichts in Altona statt. Wie hierzu gemeldet wird, sollen die Aussichten für die Kläger sehr günstige sein. Die Helgoländer erhalten zwar nicht das, was sie wünschen, jedoch ziemlich erhebliche Beträge. Es sind nur noch einige Formalitäten zu erfüllen und nachdem noch ein Sachverständiger gehört, wird das Urtheil gefaßt werden und zwar, wie man annimmt, noch vor Schluss des Jahres.

— Die „Volks-Zeitung“ will es nicht mehr haben, daß auch sie von der liberalen Bedientenhaftigkeit gegenüber dem Kaiser sich nicht ganz frei gehalten habe. Sie sagt, die Sozialdemokratie hätte dann wohl auch im Byzantinismus geschweigt, als sie für die Handelsverträge eintrat, für die sich der Kaiser ebenfalls interessiert habe. Das verbreitete Blatt kann wohl nicht mehr weiß und schwarz unterscheiden. Niemandem kann ein Vorwurf gemacht werden, wenn er eine Politik für gut befindet, die zufällig auch dem Kaiser zusagt. Etwas ganz anderes ist es, wenn man die persönliche Meinung des Kaisers, in diesem Falle zur Frage des Ausbaues des Kanalstems, zu einer großen Aktion aufbaut und von diesem persönlichen Eingreifen ganze Neuerungen der Parteikonstellationen, neue Wahlparolen u. dergleichen, —

— Hannover, 21. Novemb. Die Mittheilung über das Urtheil des Vandesonjstortums gegen die welfischen Pastoren wird jetzt dahin berichtet, daß das Urtheil nicht auf Amisentsetzung, sondern nur auf Amisenthaltung lautete. Bei Amisenthaltung ist die Verurteilung in eine andere Stelle ausgeschlossen, während die bei Amisenthaltung möglich ist.

An unserem Urtheil über die Sache selbst ändert diese Mittheilung natürlich nichts.

— Zur Bordenfrage in Kiel. Das in Kiel Bordenfrage, wurde in dem f. B. wegen diesen wahren Behauptung gegen unser Blatt eingeleiteten Prozeß bekanntlich vor Gericht festgesetzt und daraufhin auf Freisprechung erkannt. Das dacht neben

den bestehenden Bordenhäusern an der Ecke Fischerstraße und „Hinter den Mauern“ befindliche Grundstück ist neuerdings von seinen früheren Bewohnern verlassen und mit unburchsichtigen Hecken versehen. Will Herr Bürgermeister Lorenz aus Kiel die Güte haben, sich zu erkundigen, wer jetzt dort wohnt und schläft und dann über den Unterschied zwischen diesem Hause und einem Borden — das ist ein Haus, in dem gewerbmäßig Anzucht getrieben wird — und seiner Beziehung zu § 150 Str.-G.-B. die Stadtverordneten in Kiel informieren? —

— Die bayerische Reichsrathskammer hat sich bei der Beratung der in der Abgeordnetenkammer beschlossenen Anträge und Resolutionen bezüglich militärischer Angelegenheiten (Wanderversicherung, Offizierspensionirungen u.) völlig reaktionär verhalten. Nicht ein Mitglied der Reichsrathskammer hatte ein Wort übrig für den einstimmig von der zweiten Kammer angenommenen Antrag Wagner, der die Einschränkung der Offizierspensionirungen verlangte. Der Regierminister hatte seine helle Freude und fand reichlichen Trost für die Angriffe in der Abgeordnetenkammer.

Nicht umsonst hat Bismarck einmal die Kammer der Reichsräthe als das „Schleitzug“ des bayerischen Landtages bezeichnet. Die Folge eines solchen Verhaltens ist aber, daß die sozialdemokratische Forderung an Abschaffung dieser Kammer der Privilegirten im bayerischen Volk immer mehr Sympathien findet.

Aus Baden, 20. November. (Eig. Bericht.) Das Resultat der gestern stattgehabten Wahl im Wahlbezirk Lörrach-Land hat an der von mir schon früher gemeldeten Zusammenfassung der zweiten badischen Kammer nichts geändert. Die Wahl des Nationalliberalen Dreher, zu dessen gunsten zwei freisinnige Wahlmänner ungeschlagen sind, wird von der nationalliberalen Presse mit einem ungezügeltent Enthusiasmus aufgenommen, und als ein „Symptom der Einkehr nach dem Hezenabbath der Wahlen vom 27. Oktober“ betrachtet. Nichts illustriert so treffend den Zustand des politischen Selbstbewußtseins der Nationalliberalen als dieses Jubelschrei über den mit sechs Stimmen Mehrheit noch einmal erfolgten Sieg in einem Wahlbezirk, dessen Uebergang an die Opposition nur eine Frage der Zeit ist. Die zweite Kammer setzt sich also definitiv zusammen aus 27 Nationalliberalen, 21 Ultramontanen, 5 Demokraten, 5 Sozialdemokraten, 2 Konservativen, 2 Antisemiten und 1 Freisinnigen, zusammen 63 Abgeordnete. — Die Nationalliberalen der Rheinens machen jetzt krampfhaftige Anstrengungen, um dem drohenden Schicksal eines Verlustes des Reichstagsmandats zu entgehen. Vor allem wird nach einer Rede, die Fischer in einer Reichstagsversammlung gehalten hat, von einer sofort anzustrebenden Neuorganisation der nationalliberalen Partei viel erwartet. Fischer rechnet nämlich auf einen Sieg der Nationalliberalen bei der nächsten Reichstagswahl in Karlsruhe. Allerdings war trotzdem der Ton seiner Rede kein sehr zuversichtlicher, sagte doch der nationalliberale Führer wörtlich: „Wir haben auch das nächste Mal Schlimmes zu befürchten, wenn wir uns nicht rühren.“ — Am interessantesten in der Fischer'schen Rede war jedoch der Passus über die Haltung des nächsten Landtags:

„Die Neuorganisation ist aus einem weiteren Grunde notwendig. Wir wissen auch nicht, wie der Landtag verläuft. Wenn in dem Ton, der gleich nach der Wahl von der Opposition angeschlagen wurde, fortgefahren wird, wäre es unter gewissen Voraussetzungen möglich, daß dieser Landtag ein jähes und rasches Ende nimmt. Also wir müssen uns neu organisiren.“

Herr Fischer trägt also die geheime Hoffnung einer Kammerauflösung im Wesen. Wo, auch für einen solchen Fall wird die Opposition parat und gefachsbereit sein.

Stuttgart, 20. November. (Eig. Ber.) Die Landtags-Nachwahl in Böblingen brachte neben einem großen Fortschritt für die Sozialdemokratie, Enttäuschungen für die Nationalliberalen, die sich mit ganzer Kraft in die Agitation gefürzt hatten. Das Resultat kann als ein gutes Vorgehen für die nächsten Reichstagswahlen betrachtet werden. Die Stimmengahl der Sozialdemokratie stieg von 418 Stimmen bei der Wahl 1895 auf 734. Stimmen, die jetzt Agiter auf sich vereinigte. Der seitherige volksparteiliche Abgeordnete Hartmann, der 1895 2012 Stimmen erhielt, verlor 421 Stimmen. Der konservativ-deutschparteiliche Kompromisskandidat hatte 1895 1702 Stimmen erhalten, jetzt erhielt der konservative Schäfer 1010 und der Deutschparteiliche Mayer 753 Stimmen. Es ist also Stichwahl zwischen Volkspartei und Konservativen notwendig, die voraussichtlich das Mandat der Volkspartei bringen wird.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Der berüchtigte Orts-pascha von Beullesbach, Schultheiß Schilder, der als getreue Ordnungsgelände den Kampf für Ordnung und Sitte führte, hat jetzt den Ort seiner Gewalt- und freien Selbstthätigkeit verlassen und die Bürger der von ihm so lange malträdirten Gemeinde haben am 18. ds. den Gemeinderath Messerle, der Jahre lang den Schilder bekämpfte, zum Schultheißen gewählt.

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Von der Anklage wegen angeblicher Majestätsbeleidigung freigesprochen wurde am letzten Sonnabend durch die Potsdamer Strafkammer der Ziegelei-Arbeiter Gustav Waldin aus Reghin. Der Staatsanwalt hatte wegen Majestätsbeleidigung und Aufreizung in idioser Konkurrenz ein Jahr Gefängniß beantragt. Der Gerichtshof glaubte nicht, daß dem Angeklagten das Bewußtsein innewohnt habe, den Kaiser zu beleidigen und verurtheilte ihn wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt — in diesem Falle ein Unteroffizier des 8. Pz-Infanteriebataillons — zu vier Monaten Gefängniß.

Am Montag hatte sich der Arbeiter Karl Brange vor der hiesigen Strafkammer des Berliner Landgerichts I wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Die Verhandlung fand unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit statt, nur das Urtheil wurde öffentlich verkündet. Demselben war zu entnehmen, daß der Angeklagte, welcher österreichischer Unterthan ist, aus irgend einem Grunde zur Wache stützt werden sollte, und bei dieser Gelegenheit in seinem Grimm eine Neußerung fallen ließ, welche eine Beleidigung der Person des deutschen Kaisers enthielt. Während der Staatsanwalt neun Monate Gefängniß beantragt hatte, erkannte der Gerichtshof auf sechs Monate Gefängniß und rechnete hiervon drei Monate auf die erlittene Untersuchungshaft an.

Ferner wurde heute wegen Majestätsbeleidigung gegen den Arbeiter Karl Christoph vor der zweiten Strafkammer am hiesigen Landgericht II verhandelt. Der Angeklagte ist schon mehrere Male im Korrekthaus zu Straußberg internirt gewesen. Am 15. Oktober befand er sich auf der Perberge zu Straußberg. Er war total betrunken und ließ in diesem Zustande Beleidigungen gegen den Kaiser aus, die ihn auf die Anklagebank führten. Derselbe wußte sich heute absolut nicht an jenen Abend zu erinnern, aber obwohl die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte im Augenblick der That schwer betrunken war, so lautete das Urtheil doch auf vier Monate Gefängniß.

— Der Kolonialrath beschäftigte sich in seiner vorgestrigen Nachmittags-Sitzung mit dem vom Ausschusse für die Strafrechtspflege der Eingeborenen erstatteten Bericht. Nachdem die Versammlung sich prinzipiell für die Aufstellung allgemeiner Grundzüge für die strafrechtliche Behandlung der Eingeborenen entschieden hatte, wurde in die Beratung der einzelnen für die Festsetzung dieser Grundzüge von dem Ausschusse gemachten Vorschläge eingetreten. Hierbei wurde insbesondere ein Einverständnis darüber erzielt, daß unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Schutzgebiete für jedes einzelne derselben eine besondere Strafordnung zu erlassen sein werde. Um 5 1/2 Uhr wurde der Kolonialrath auf den 1. Dezember vertagt.

### Oesterreich.

Wien, 22. November. Das Abgeordnetenhaus wählte mit 115 Stimmen Dr. von Fuchs (katholische Volkspartei) zum zweiten Vizepräsidenten. Hierauf wurde die Spezialdebatte über die Nothstandsfrage fortgesetzt.



In Graz, der im Reichsrathe sozialdemokratisch vertretenen Hauptstadt der Steiermark, kam es zu ersten Zusammenstößen zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten, denen der Eintritt in das Versammlungskollegium verweigert wurde. Polizei und Militär griffen mit blankem Säbel und gefälltem Bajonnet ein. Zahlreiche Personen wurden verwundet, ein durch einen Bajonnetstich verwundener Arbeiter ist inzwischen gestorben, auch fünf Wachleute sollen verwundet sein, davon zwei schwer. Zehn Personen wurden wegen Aufruhrs verhaftet. Von den beiden für Sonntag einberufenen sozialdemokratischen Versammlungen ist die eine ohne Zwischenfall verlaufen, die andere, in welcher Genosse Bichler das allgemeine Wahlrecht mit Bezug auf die Gemeinde besprechen sollte, wurde verboten, die vor dem betreffenden Lokale angesammelte Menge zerstreut. Die Ruhe wurde nicht wieder gestört.

Die Regelung der Sprachenfrage in Böhmen scheint ein klein wenig vorzurücken, wenigstens drückt ein von der tschechischen Parteileitung ausgehendes Communiqué die Bereitwilligkeit zu einigen Zugeständnissen an die Deutschen und zur Hinderung der Sprachenverordnungen aus.

Zur Verhütung von Eisenbahn-Unfällen. Der Reichsraths-Abgeordnete Dr. Ruz hat für die am 3. Dezember einberufene Session des Staatsbahnraths folgenden Antrag angemeldet: „Der Staatsbahnrath wolle in Erwägung der ungewöhnlich großen Zahl von Eisenbahn-Unfällen, welche sich im laufenden Jahre ereignet haben, beschließen: 1. Die Regierung wird dringend eingeladen, einen regelmäßigen Betriebs-Elementar-Unterricht auf den Strecken der österreichischen Staatsbahnen einzurichten, welcher den Selbstunterricht des Betriebspersonals, den periodischen Unterricht und die Nachprüfung durch die Betriebsvorstände, sowie die Unterweisung und Uebersprüfung des Betriebspersonals durch Direktionsbeamte organisiert. 2. Die Regierung wird weiter ersucht, darauf hinzuwirken, dass jene Privatbahnen, welche einer solchen Einrichtung entbehren, dieselbe in gleicher Art wie die Staatsbahnen und spätestens gleichzeitig mit diesen ins Leben rufen.“

**Frankreich.**  
Paris, 22. November. Dem „Figaro“ zufolge liegen gegen Graf Esterhazy gegenwärtig sieben belastende Umstände vor, darunter die Fälschung der Schriftzüge des Vorbereitungs mit der Handschrift Esterhazy's. Letzterer erklärt, es liege eine Fälschung mittels der Handschrift vor. Ferner sind moralische Beweise vorhanden — Lebensführung und Aus Esterhazy's — und schließlich die Angaben des Obersten Picquart, welcher materielle Beweise für die Schuld Esterhazy's besitzen soll. — Dem „Rapport“ zufolge sind die Anschuldigungen der Minister sehr getheilt, Meline und einige andere würden sich der Eventualität der Projektrevision nicht entgegenstellen.

**Dänemark.**  
Kopenhagen, 20. November. (Sig. Ver.) Im Folkething stand der sozialdemokratische Antrag auf Abschaffung der Kopenhagener „Bürgerwehr“ zur Verhandlung. Die Sache lag schon im Vorjahre vor und wurde damals einem Ausschuss überwiesen, der sich für die Abschaffung aussprach. Da die Angelegenheit aber nicht mehr vor den Landsting kommen konnte, wird sie jetzt abermals dem Folkething vorgelegt. Olfen beantwortete den Antrag, da das Korps gar keinen Zweck mehr hätte, der Mannschaft, dem Staat und der Gemeinde aber Ausgaben verursache. Olfen sprach sehr kurz, da man allgemein der Meinung war, daß über diese Frage nur eine Meinung bestehen könne. Zum Erkennen der Volksvertreter vertheidigte aber Kriegminister Tugen die Bürgerwehr. Sie eigne sich vorzüglich zur Vertheidigung der Festung, weil sie sich innerhalb ihrer Forts befände und im Falle eines Landungsversuches den ersten Ansturm abwehren könnte. Der Herr Kriegminister wünscht sie vielmehr erweitert und vergrößert. Olfen antwortete hierauf, man sehe in den Uebungen der „Bürgerwehr“ allgemein nur eine Körpermation für die Leute, und er meine, daß sie nur dazu da sei, einigen alten Offizieren das Vergnügen zu bereiten, in Uniform umher zu stolzieren. Kein Mensch in der Bevölkerung nimmt diese Institution ernst.

Darauf erwiderte der Minister, die Bürgerwehr sei allerdings sehr mangelhaft, aber sie solle reformirt werden. Sie müsse aus vier Bataillonen Fußvolk und einer Abtheilung zu Pferde bestehen und nicht abgeschafft, sondern in moderner militärischer Weise ausgerüstet werden. Sie müsse Verpflegung und Sold, wie das richtige Heer bekommen. Olfen weist nochmals auf die Stimmung in der Bevölkerung hin und daß für eine solche Reformierung wohl kaum die Volksgymnastie zu gewinnen sein würde. Der Antrag wird dann einem Ausschuss überwiesen.

Die Einkommen- und Vermögenssteuer-Debatte im Landsting. Der Antrag der Regierung läuft darauf hinaus, daß jeder von seinem Einkommen 1/4 pCt. und von Vermögen 10 Kr. pro 1000 Kr. jährlich an den Staat zahlen soll. Die ersten 700 Kr. in Kopenhagen bzw. 600 in den Landstädten und 500 Kr. auf dem Lande sollen steuerfrei sein. Ferner sollen für jedes Kind unter 15 Jahren 100 (bzw. 85 oder 70) Kr. vom Einkommen als steuerfrei abgezogen werden. Bei Einkommen über 1500 Kr. findet Selbstschätzung statt, bei Vermögen über 6000 Kr. auch hierfür Selbstschätzung.

Nach als Vertreter der Rechten erklärte sich als Gegner der Selbstschätzung, die „ein starker Eingriff in die persönliche Freiheit“ sei. Ferner sei er gegen die Veröffentlichung der Selbstschätzung, die „demoralisirend“ wirke. Es sei nicht nützlich, daß man in die materiellen Verhältnisse Anderer Einblick erhalte. Das Prinzip des Geheltes sei sonst richtig, aber er persönlich sei doch gegen die direkten Steuern. Radsew, Mitglied namens der Linken empfiehlt den Antrag, wiewohl er eine mehr steigende Scala gewünscht hätte, aber die Anerkennung des Besteuerungsprinzips sei schon eine wichtige Sache. Auch Andersen namens der Sozialdemokratie spricht für eine stärkere Progression. Durch dieses Gesetz würden die kleinen Einkommen ganz unverhältnismäßig belastet. Estrup sprach sich natürlich auch entschieden gegen die Selbstschätzung aus. Er meint, daß das Gesetz nicht lange bestehen würde, da es allen Freiheitsprinzipien zuwiderlaufe. Herr Estrup verlas dann in Bezug auf Steuerfragen das Programm der Rechten, was eine offensbare Streubung gegen das Ministerium war und schien damit auf Minister Hörsing in der That auch sehr stark zu wirken, da derselbe nach dieser Rede ganz gedrückt erschien. Herr Estrup verlangt vor allem eine Herabsetzung der Ertragsbesteuerung, da sonst die Rechte und damit die Majorität des Landstings nicht für das Gesetz zu haben sei. Sie könne das Gesetz nur bewilligen, wenn andererseits ein solcher Ausfall entstanden sei, daß das Gesetz eine Nothwendigkeit wäre. Wo die Agrarier sollen entlastet werden, dann will Herr Estrup gütigst eine Steuerreform bewilligen. Das Gesetz wurde dann einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen.

Es ist möglich, daß sich aus diesem Gegensatz zwischen dem Ministerium und der Rechten in dieser wichtigen Frage eine Ministerkrise entwickeln wird.

**Spanien.**  
— Von den Kolonialkriegen scheint der auf den Philippinen wirklich im Gange zu sein. „Gerardo“, Correspondent und andere bedeutende Madrider Blätter betrachten den Frieden auf den Philippinen als eine vollzogene Thatsache, da sich alle Insurgentendees unterworfen hätten. Dagegen zeigt sich auf Kuba nicht das mindeste Zeichen einer Rückdämmung der mächtigen aufständischen Bewegung. Nach einer Meldung des „Gerardo“ aus Havana haben die Aufständischen wieder angefangen, in den Provinzen Matanzas und Havana die Pflanzungen in Brand zu stecken und zu zerstören.  
Ferner werden aus Havana verschiedene Zusammenstöße gemeldet, bei denen auf beiden Seiten verhältnismäßig große Verluste zu verzeichnen waren.

**Barcelona, 22. November.** Die Carlisten und Republikaner bereiten aus Anlaß der demnächstigen Ankunft des Generals Weyler große Kundgebungen vor. Gegenemonstrationen werden ebenfalls schon organisiert.

## Bulgarien.

— Zu den Arbeiter- und Bauernunruhen wird der „Intern. Korresp.“ aus Sofia geschrieben: Bis jetzt hat die Regierung noch nichts gethan, um den Nothstand in Ostrumelien zu lindern. Die Oppositionsblätter veröffentlichen täglich lange Berichte, nach denen die Lage der dortigen Bauern fast eine verzweifelte ist und die Noth unter der Arbeiterbevölkerung täglich zunimmt. Infolge des griechisch-türkischen Krieges war den bulgarischen Arbeitern, welche sonst während des Sommers zu Tausenden über die Grenze gehen, um in Makedonien, Kleinasien und Griechenland Arbeit zu suchen, in diesem Jahre ein verhängnisvoller Verdruss unendlich gemacht, wodurch ihre Nothlage in der Heimath eine um so bedrückendere wurde. Nach den Mittheilungen der Oppositionsblätter kommt es zwischen den Arbeitslosen und der zu ihrer Fägelung entsandten Gendarmerie fast täglich zu ernstlichen Streitigkeiten; doch werden diese Vorgänge in den Berichten der Behörden stets als unbedeutend dargestellt oder gänzlich abgelehnt. Immerhin aber darf kaum bestritten werden, daß die Lage in Ostrumelien eine sehr bedenkliche ist und leicht eine allgemeine politische Erschütterung des Fürstenthums herbeiführen kann.

## Türkei.

— Der endgiltige Friedensvertrag, so erklärt die „Agence Havas“ aus Konstantinopel, wird wahrscheinlich in nächster Zeit unterzeichnet werden, in der Frage der Entschädigungszahlungen an Private sei ein Einverständnis erzielt worden; die Votschaffer seien am Montag zusammengekommen, um über ein Vorgehen der Mächte in der Kretafrage zu beraten.

Aus Kanea wird gemeldet, daß acht Kompagnien englischer Truppen gestern Abend Kandia verlassen haben; sechs davon gehen nach Malta, die beiden anderen kommen nach Kanea, um das heute hier eingeschifft Detachement zu ersetzen.

Nach einer aus London übermittelten Konstantinopeler Meldung richtete die russische Botschaft Donnerstag an die Pforte eine Verbainote, die ansüßte, in schwierigen Zeiten für die Türkei habe die russische Regierung von einem Drängen auf Zahlung Abstand genommen, aber da jetzt die Pforte neue, durch die gegenwärtige Lage nicht gerechtfertigte Forderungen beschloß, verlange Russland die Zahlung eines Theils der rückständigen Kriegsschuldigung aus denselben Gründen, welche die österreichische Regierung zu gunsten ihrer Forderungen gegenüber der Pforte geltend gemacht habe. Infolge dieser Mittheilung wurde der russische Gesandtschaftsträger verständigt, die Pforte habe betreffs neuer Forderungen noch nichts entschieden.

Konstantinopel, 20. November. Nach einem Bericht des Vail von Ueslib versuchten am Mittwoch 50 bulgarische Landbewohner unter Anführung zweier Geistlicher das von den Serben besetzte Kloster Bopont zu erklären; doch wurden sie von den letzteren, welche mit Gewehren bewaffnet waren, zurückgetrieben. Daraus ist der Vail von der Regierung angewiesen worden, sämtliche christliche Inoffizien des Klosters, gleichviel ob sie sich als Bulgaren oder Serben bezeichnen, aus demselben zu entfernen und in das Kloster eine militärische Besatzung zu legen.

Ueber die Stadt Skutari wurde auf Befehl der Pforte der Belagerungszustand verhängt, da zwischen den christlichen und muhamedanischen Albanesen fortgesetzte blutige Zusammenstöße stattfanden. Türkischerseits führt man die Unruhen auf Einflüsse aus Montenegro zurück, weshalb in Konstantinopel die Vorgänge ziemlich beunruhigen.

## Griechenland.

Athen, 21. November. Die Frage betreffend die Kommission, welche die Vorgänge im letzten Kriege untersuchen soll, hat eine politische Wendung genommen. Die antideutschen Parteiengruppen unterhandeln, um eine Krisis zu vermeiden. Einige Blätter geben dem Ministerium den Rath, durch ein Dekret die Arbeiten der Kommission aufzuschieben. Da die Deputirten die Unmöglichkeit einer Rückkehr Delganniss' einsehen, wünschen sie ein Ministerium unter der Inspiration Delganniss' und unter dem Vorsth Nauromichalis' oder eines anderen delgannissischen Parteiführers.

## Afrika.

Sansibar, 21. November. Die unter dem Major Macdonald nach dem Innern des britischen Ostafrika abgegangene Expedition wurde vorgestern in Ujoga (nämlich von Victoria-Nyanja) durch muerische sudaneseische Truppen, denen 150 muhamedanische Bugandas beistanden, angegriffen. Nach mehrstündigen Kämpfen wurde der Angriff zurückgeschlagen, wobei 100 der Muerer getödtet und verwundet wurden. Auf englischer Seite wurden 16 Mann, darunter 1 Offizier, getödtet und 30 verwundet. Die Muerer hatten drei englische Offiziere ermordet. Von Mombasa gehen unermüdet indische Truppen ab, um zu Major Macdonald zu stoßen, der den Aufstand in wenigen Wochen zu unterdrücken hofft.

Durban (Natal), 21. November. Eine Sonderausgabe der amtlichen „Gazette“ giebt den Abschluß eines rückwirkenden Auslieferungsvertrages zwischen der englischen Kolonie Natal und der südafrikanischen Republik bekannt; politische Vergehen sind von der Wirkung des Vertrages ausgeschlossen. Der Vertrag tritt sofort in Kraft.

— Ueber den Gegensatz zwischen England und Frankreich in Afrika entnehmen wir dem „Egypt. Courier“ folgende Ausführungen ohne einige einseitig gegen England gerichtete Ausfälle.

Der englische Ueberlandtelegraph, der das Kapland mit der Nordspitze Afrikas verbinden soll, hat beträchtliche Fortschritte gemacht. Im April vergangenen Jahres wurde er begonnen und im April 1898 hofft man bereits am Südufer des Tanganjika-sees anzulangen.

Gleichzeit wird die Weiterführung augenblicklich von Dr. Jameson, dem Führer des Einfalles 1896 in die südafrikanische Republik. Am Tanganjika angelangt, soll der Telegraph am Westufer weitergeführt und nach Uganda geleitet werden. Bereits im Jahre 1894 suchte England der Ausführung dieses Projektes die Wege zu ebnen, indem es mit dem Kongostaate jenen Pachtvertrag schloß, durch welchen es einen 25 Kilometer breiten Streifen zwischen Deutsch-Ostafrika und dem Kongostaate erhielt, ein Vertrag, der in dessen infolge des Einspruches Deutschlands und Frankreichs fallen gelassen werden mußte. Jetzt scheint es, daß sich England und der Kongostaat stillschweigend auf neue geeinigt haben, das Unternehmen zu Stande zu bringen. Noch vor mehreren Monaten war man der Ansicht, daß die Schwierigkeit der Erlangung eines Landstreifens am Tanganjika das einzige Hinderniß sei, welches sich der Ausführung des englischen Projektes in den Weg stellte und jetzt bietet sich durch das Vorrücken der Franzosen zum oberen Nil den Engländern ein neues und zweifellos noch ernsteres Hinderniß dar. Das planvolle Vordringen der Franzosen von Westen zum Nil und ihre Vereinigung mit ihren von Westen, von Abessinien, kommenden Landsleuten, bildet entschieden einen der großartigsten Erfolge, der in kolonialer Beziehung auf dem schwarzen Kontinent errungen worden ist. Durch diesen kühnen Zug wird nicht nur die Verwirklichung eines zusammenhängenden englischen Groß-Afrika's unmöglich gemacht, sondern auch die Festsicherung der Engländer im Sudan außerordentlich erschwert. Es sind die ernstesten Interessen beider Mächte, welche sich hier gegenüberstehen. Es handelt sich darum, entweder von Süden nach Norden eine ununterbrochene englische oder von Westen nach Osten eine ununterbrochene französische Einflußsphäre zu legen. Am oberen Nil stoßen diese Bestrebungen zusammen.

## Amerika.

— Von der Münzpolitik der Vereinigten Staaten. Die „Daily News“ und die „Morning Post“ erfahren aus Washington vom gestrigen Tage, Mac Kinley werde in seiner Votschast an den Kongress nicht auf einem allgemeinen Plan für die Reform des Geldumlaufs bestehen, sondern werde den Kongress auffordern, nur eine Einzelmaßregel anzunehmen, durch welche das bestehende Gesetz aufgehoben wird, das den Schatzsekretär

zwingt, Greenbacks (sprich Grünbäcks — Noten der Vereinigten Staaten, unseren Reichsbanknoten entsprechend) sofort wieder auszugeben, sobald solche mit Gold zurückgekauft wurden, und durch welche Maßregel gleichzeitig vorgesehen wird, daß Greenbacks, wenn sie einmal zurückgekauft sind, nicht wieder ausgegeben werden, außer gegen Hinterlegung von Gold in gleich hohem Betrage, wie die ausgegebenen Noten.

Man kann diese Maßregel als einen kleinen Schritt zur ephemerischen Durchführung der Goldwährung betrachten.

## Parlamentarisches.

Die deutsche Reichspartei (Freikonservative Fraktion) hält am 30. d. M. ihre Fraktionsitzung.

Das Gesamtregister zu den stenographischen Berichten und Anlagen der letzten großen Session 1895/96/97 ist soeben erschienen. Es ist ein unentbehrliches Hilfsmittel zum Gebrauch unserer umfangreichen parlamentarischen Papiere.

## Partei-Nachrichten.

**Preussische Landtagswahlen.** Auf einer Parteikonferenz für den schlesischen Wahlkreis Grünberg-Freystadt, die am 7. November in Neusalz tagte und von Delegirten aus vier Orten, ferner von solchen aus den Wahlkreisen Slogau und Sagan-Sprottau besucht war, führte Genosse Stolpe aus, daß im Wahlkreise Grünberg-Freystadt von einer Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen im Sinne des Hamburger Beschlusses keine Rede sein könne.

Die öffentliche Stimmabgabe, die Unmöglichkeit, Wahlmänner aus den eigenen Reihen aufzustellen, die Unzuverlässigkeit der Preussischen und Nationalliberalen, die hier in Betracht kämen, alles das seien Beweggründe, die uns von einer Wahltheilnahme Abstand nehmen ließen. Hierzu komme noch die absolute Erfolglosigkeit, deren wir gewiß sein könnten. Ein Eintritt in die Wahl unsererseits würde nichts weiter zur Folge haben, als eine stärkere Theilnahme in der dritten Wahltheilnahme. Auf das Endergebnis der Wahl blieben wir ohne Einfluß. Es wurde dann einstimmig folgende, von dem Referenten gestellte Resolution angenommen: „Die Kreisversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Sie betrachtet jedoch die Durchführung des Beschlusses, betreffend die Landtagswahlen, nur als ein Experiment, dessen Resultat auch die Freunde der Theilnahme von der Nutzlosigkeit der Anstrengungen überzeugen wird.“

**Als Reichstags-Kandidat** für den schlesischen Wahlkreis Grünberg-Freystadt ist von der letzten Kreisversammlung wieder der Parteigenosse Stolpe aufgestellt worden.

**Aus Varmen** wird uns geschrieben: Einen glänzenden Erfolg erzielte die Sozialdemokratie bei den Stadtraths-Wahlen. Unsere Stimmenzahl stieg von 265 im Jahre 1895 auf 1807. Es war ein heißes Ringen. Acht Tage lang hatten wir die Führung. Am letzten Tage machten die Gegner die gewaltigsten Anstrengungen; es gelang ihnen aber nicht, zu verhindern, daß unsere Parteigenossen Stürmer und Grube in die ausschließliche Stichwahl kamen. Eine gute Vorbedeutung für die Reichstagswahl!

**Bei den Stadtverordnetenwahlen in Dortmund** erhielten nach einer vorläufigen Schätzung die sozialdemokratischen Kandidaten 688 Stimmen, die Nationalliberalen 1140, das Centrum 5968. Die „Alemische Westfälische Arbeiter-Zeitung“ schreibt über das Wahlergebnis: „Wir dürfen uns eines bescheidenen Erfolges erfreuen. Von 207 Stimmen, die im Jahre 1895 der begünstigteste Kandidat erhielt, haben wir's auf 635 Stimmen gebracht. Wenn 635 Wähler sozialdemokratisch stimmen, so können es auch 8000, das ist die große Lehre der vergangenen Wahl. Die Abneigung gegen die öffentliche Wahl ist lächerlich geworden und Dank dafür den Genossen, die den Gang zum Wählstisch nicht gescheut haben. Sie sind die Pioniere gewesen; andere werden nachfolgen, bis endlich der Sieg unser sein wird.“

**Bei der Gemeinderathswahl in Teichwitz bei Gera** errangen die sozialdemokratischen Kandidaten mit 209—261 Stimmen den Sieg. Die Gegner unterlagen mit 154—185 Stimmen.

**Zu Offen** haben, wie die „Freie Presse“ mittheilt, die Parteigenossen die Lokalfrage in der Weise gelöst, daß sie ein in der sogenannten Freistadt gelegenes, dem Rentier Wasser gehörendes Betschhaus mieteten, das ein Wohnhaus nebst großem und kleinem Saal umfaßt. In diesem Lokal ist früher Gastwirthschaft betrieben worden. Es steht unseren Parteigenossen vom 1. Februar nächsten Jahres an zur Verfügung.

**Aus Wolfenbüttel** wird uns mitgetheilt, daß eine Parteiverammlung nach dem Referat des Genossen Pistorius aus Braunschweig einstimmig die Beschlüsse des Hamburger Parteitages akzeptirte.

**Todtenliste der Partei.** In Dresden ist der Parteigenosse Bernhard Reumann gestorben. Er war von Beruf Zigarrenmacher und bekleidete zuletzt den Posten eines Oberkontrollirten der Ortskrankenkasse. Der Partei gehörte er bereits seit den 60er Jahren an, wo er Bevollmächtigter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins war.

## Politikalisches, Gesellschaftliches u.

— In betreff der Bilder-Veranschlagung in der Buchhandlung der „Volkstimme“ in Magdeburg liegt jetzt der Entscheid des Amtsgerichts vor. Das Gericht bestätigte die auf Antrag der Staatsanwaltschaft erfolgte politische Veranschlagung der Bilder von Marx, Engels, Lassalle und v. Vollmar, da sie der Botschaft des 8. d. des Preßgesetzes nicht entsprächen. Auf diesen Bildern fehlte der Name des Druckers. Seit Montag früh 8 Uhr sind, wie die „Volkstimme“ mittheilt, vor den Schaufenstern ihrer Buchhandlung — zwei Schutzleute stationirt.

## Gewerkschaftliches.

**An die Metallarbeiter Deutschlands!** Kollegen! Bereits seit neun Wochen stehen die Schlosser, Dreher und Hülsenarbeiter der vormals Bernh. Storer'schen Nähmaschinen- und Fahrradfabriken zu Stettin im Ausstand, weil denselben von der Fabrikleitung Abzüge zugemuthet wurden, was alles auf diesem Gebiete bis jetzt Dagewesene in den Schatten stellt. Abzüge in den einzelnen Fällen zwischen 15 bis 60 pCt.; im Durchschnitt 40 pCt. glaubte die Direktion ihren im Fahrradbau beschäftigten Arbeitern abziehen zu dürfen, nachdem man kurz vorher den im Nähmaschinenbau beschäftigten Leuten freiwillig einen kleinen Lohnzuschlag gemährt hatte, um denselben in Kampfe zu neutralisiren. Trotzdem haben sich die im Nähmaschinenbau beschäftigten Arbeiter mit ihren Arbeitskollegen solidarisch erklärt.

Die Direktion erleichterte den Nähmaschinenbauern resp. beschleunigte den Beschluß derselben dadurch, daß im Anschluß an eine Verammlung 5 Schlosser angeblich wegen Veruntreuung entlassen wurden. Nachdem unsere 5 Kollegen am 19. November von dem Schöffengericht in Stettin von der Anklage, die Fabrik betrogen zu haben, schuldig gesprochen wurden, dürfte man wohl erwarten, daß dieser Differenzpunkt bei künftigen Verhandlungen zwischen beiden Parteien aufscheiden wird.

Wenn je ein Kampf berechtigt war, ist es derjenige, in dem wir uns befinden, nicht wir haben denselben verschuldet, sondern wir wurden zur Abwehr gegen eine überaus hohe Lohnreduktion gedrängt. An uns liegt es nicht, sollte sich der Ausstand noch mehrere Wochen hinzuspinnen; wir haben der Direktion wiederholt Verhandlungen angeboten, aber ohne jeden Erfolg für unsere Sache, ja auf unsere letzte Zuschrift vom 18. November warten wir bis heute vergeblich auf Antwort. Als letzten Versuch haben wir das Stettiner Gewerbergericht als Einigungsamt angerufen, aber mit demselben negativen Erfolg.

Kollegen! Wir haben nun, um einen Vergleich zu ermöglichen, freiwillig in einen Abzug von 20 pCt. gewilligt, ja noch mehr, wir haben unserer Kommission für die Verhandlungen kein gebundenes Mandat gegeben, alles unsonst, die Firma verlangt bedingungslose Unterwerfung. Fügen wir uns dem, dann würde die Direktion die Führer der



politischen wie gewerkschaftlichen Bewegung ausprägen. Darum bitten wir Euch, haltet den Zugang nach Stettin streng fern. Leider sind Streikbrecher aus allen Theilen Deutschlands nach Stettin gekommen und nicht immer sind wir in der Lage gewesen, dieselben wieder abzufangen; auch aus den eigenen Reihen haben wir einen Theil Ueberläufer zu verzeichnen, aber nicht so viel, als das wir Ursache hätten, nutzlos den Kampf aufzugeben. Im Auslande befinden sich 412 Arbeiter, abgereist sind bis jetzt 143.

#### Die Lohnkommission.

Die Abschaffung der Nachtarbeit beschäftigte den Stuttgarter Fachverein der Bäckergehilfen in einer Versammlung, zu der auch die Innung eingeladen war, aber eine Vertretung nicht schickte. Die Meister stellten sich der Forderung nicht schroff ablehnend gegenüber, die Tagarbeit werde sicher kommen, doch sollte man die Sache nicht übereilen. Die Gehilfen nehmen in nächster Woche hierzu Stellung. Gleichzeitig werden dabei die Anstrengungen der Meister zur Befestigung des 12stündigen Normal-Arbeitstages zur Besprechung kommen.

Wie nötig eine Aenderung im Feuerwesen in Hamburg war, beweist am allerzutreffendsten die Gefährlichkeit, mit der die Hamburger Feuerkasse und die ihnen nahestehende Kasse das neu eingerichtete allgemeine Feuerbureau der Hamburger Ueber — das übrigens gewiß noch nicht allen Wünschen der Seelente entspricht, da denselben jegliche Mitwirkung bei demselben versagt ist — verfolgen. Die Feuerkasse haben es fertig gebracht, daß zuerst die Schlafbaase und seit einigen Tagen nun auch die Händler mit Ausstattungsgegenständen die von dem genannten Feuerbureau ausgegebenen Avance-Noten, die den Seelenten bei der Anmischung als Vorfuß gegeben werden und die am dritten Tage, nachdem das Schiff Cuxhaven passiert hat, auf dem Komtoir der Ueberläufer honorirt werden, nicht mehr in Zahlung nehmen. Sie wollen auf diese Weise den Seemann, der mit der Avance-Note bisher seine Logis-schuld beim Schlafbaas zu bezahlen und sich beim Schiphändler davon auszurüsten pflegte, zwingen, nicht durch das Bureau der Ueberläufer anzumischen, sondern zum Feuerbaas zurückzukehren. Hoffentlich gelingt es den Landhaisen, wie der Seemann den Feuerbaas nennt, trotz dieser für die Seelente allerdings sehr bedeutungsvollen Maßnahme der interessirten Kasse nicht, die Seelente wieder unter ihre Fingerringe zu bringen.

Strafthaten während des Hamburger Hafenarbeiter-Streiks. Im Jahresbericht des Altonaer Kommerz-Kollegiums ist behauptet, es seien beim Hamburger Hafenarbeiter-Streik offenbar planmäßig überaus zahlreiche Gewaltthatigkeiten verübt worden. Es dränge sich den Unternehmern die Frage auf, ob sie in künftigen Fällen nicht selbst Kräfte zum Schutze der Arbeitswilligen anwerben müßten. Insbesondere würde es sich empfehlen, in die Hand der höhern Verwaltungsbehörden die außerordentliche Machtbefugnis zu legen, bei Verübung massenhafter Gewaltthaten das Vereins- und Versammlungsrecht der ausländischen Arbeiter auf bestimmte Zeit zu suspendiren.

Mit dieser Angelegenheit beschäftigt sich im neuesten Heft des „Archivs für soziale Gesetzgebung und Statistik“ der Prof. L. D. N. in Hamburg. Er hat genaue Ermittlungen angestellt nach den Strafthaten, die mit dem Streik in einem gewissen Zusammenhang stehen oder gebracht werden können. Dabei ergab sich folgendes: Professor L. D. N. hat genau 100 Personen ermittelt, die wegen Vergehens gegen das Strafgesetzbuch angeklagt waren, in welcher Zahl aber auch die bloßen Verleider eingeschlossen sind. Nicht eingeschlossen sind die Uebertreter der Straßen-Ordnung (Streikposten) und die Uebertreter des vom Senat erlassenen Verbots der Haus-sammlungen, da man solche Mißthäter doch unmöglich als „Gewaltthätige“ betrachten kann. Rechnet man jedoch noch hinzu die 60 wegen Vergehens gegen § 133 der Gewerbe-Ordnung Verurtheilten, in welchem Paragraphen mit Strafe bedroht wird, wer durch Körperlichen Zwang, Drohungen, Ehrverletzung oder Verurtheilung andere zur Theilnahme an Streiks zu bestimmen versucht: so ergeben sich 169 solcher Verurtheilte, oder gegenüber 16 000 Streikenden ca. ein Prozent. Dazu kämen noch 24 Verurtheilte in Altona.

Wohlgemerkt, diese Verurtheilungen stehen mit dem Streik in einer wirklichen oder wenigstens scheinbaren Verbindung. Ob aber alle diese Verurtheilten, wenn kein Streik bestanden hätte, in derselben Zeit inhaftirt geblieben wären, ist sehr die Frage. Prof. D. N. führt verschiedene Gründe an, die gegen eine solche Annahme sprechen. So gab es unter mehreren Branchen der Streikenden viele jugendliche Elemente, die auch ohne das Vorhandensein eines Streiks mehr zu „Gewaltthätigkeiten“ und Beleidigungen neigen. Außerdem giebt es unter Hafenarbeitern und Seelenten immer Elemente, die leicht Ausschreitungen und Hohnthaten begehen, auch ohne daß ein Streik zu solchen Veranlassung zu geben braucht. Jedenfalls waren zur Zeit des Streiks bedeutend mehr Seelente als sonst zu gleicher Jahreszeit an Land. Und noch ein anderer Umstand kommt dazu. Vielen der wegen Gewaltthätigkeit etc. erfolgten Verurtheilungen liegen Strafthaten zu Grunde, die nach der Beilegung des Streiks geschehen sind. Es sind Reibungen, die auch wenn aus anderer Ursache, als wegen Streiks, neue, zumal rassenfremde Elemente herangezogen werden, zwischen konkurrirenden Arbeitern regelmäßig vorkommen.“ Das heißt, die Herren Unternehmer sind von einem Theil der Schuld für viele dieser Strafthaten nicht freizusprechen, indem sie den Hamburger Hafenarbeitern die unerwünschte Kameradschaft mit einer zweifelhaften Streikbrechergesellschaft aufnähmten.

Berücksichtigt man alle diese Umstände, so muß allerdings der Muth Bemerkung erregen, mit dem die unentwegten Vertreter der Kapitalisten von „massenhaften und planmäßigen Gewaltthatigkeiten im Hamburger Hafenarbeiterstreik“ gesprochen haben.

Die Agitationskommission der Stahlfabrik Berg- und Fabrikarbeiter beurt am 19. Dezember d. J. in Stahlfabrik eine Konferenz ein, zu der sämtliche im Gebiete der Salzindustrie beschäftigten Berg- und Fabrikarbeiter eingeladen sind, Vertreter zu entsenden. Die Tagesordnung lautet: 1. Wie stärken wir unseren Verband? 2. Wahl einer Agitationskommission für die Salzindustrie. 3. Das Knappschaftswesen. 4. Etwaige Antitheze. 5. Verschiedenes. Anfragen sind zu richten an Karl Zülke, Stahlfabrik, Petrikirchstr. 16.

Das Abhalten von Festlichkeiten ist in letzter Zeit den Gewerkschaften in G. l. a. d. i. fast unmöglich geworden. Vor kurzem hatte das Gewerkschaftsamt um die Genehmigung eines Vergnügens nachgesucht, erhielt jedoch vom Bürgermeister einen ablehnenden Bescheid mit dem Bemerkten, daß er das Statut für einen politischen Verein halte. Es ist nur sonderbar, daß bei anderen Vereinen diese Unterscheidung nicht zu spüren ist.

In der Webererei der Firma G. e. r. W. a. l. l. a. c. h. in W. a. c. h. e. n, in der ca. 80 Weber beschäftigt sind, ist ein Streik ausgebrochen. Nach Angabe der Weber wurde ihnen schon vor einem Jahre 1 Pf. pro 1000 Schuß abgezogen, vor einigen Wochen erfolgte ein weiterer Abzug von 1 Pf. pro 1000 Schuß, der dann aber auf Vorkündigung des Ausschusses der Arbeiter auf einen halben Pfennig ermäßigt wurde. Weiter wurde vor etwa 3 Wochen den Webern beinahe die ganze Vergütung für das Knäulen und Anhängen von Rammen und Ketten abgezogen. Da die Firma erklärte, hiervon nicht absehen zu können und zu wollen, sind die Weber in den Ausstand getreten. Dieselben haben sich sofort an das Fabriksinspektors gewandt, damit, wenn irgend möglich, eine Verständigung und so die baldige Beendigung des Ausstandes erzielt werde.

Der Streik der Handhutmacher in Breslau ist vom Gewerkschaftsamt einstimmig als berechtigt anerkannt worden und soll ihm die ausgiebigste Unterstützung zu Theil werden. Im Ausstand befinden sich 87 Mann der Firma Jungmann.

Der Streik der Arbeiter der Weberschen Schuhfabrik in Bremen dauert unverändert fort. Es herrscht allgemein die Ansicht, daß, wenn die Arbeiter Bremen wie bei anderen Streiks auch hier ihre Pflicht thun, den Streikenden der Sieg sicher sei, umso mehr, als Streikbrecher nicht zu befürchten sind. Gestern Abend wurde die erste Unterstützung an die Streikenden ausgesandt, welche zur vollkommenen Zufriedenheit derselben ausfiel. Auch für die nächsten Wochen ist die Unterstützung sichergestellt, so daß die Arbeiter

nicht in die Lage kommen, wegen Mangel an Geld den Kampf aufzugeben zu müssen.

Die Freiheit des Arbeitsvertrages wird durch eine Zuschrift, die wir der „Vögl. Volksz.“ entnehmen, treffend illustriert. Es handelt sich um die Clavier'sche Spinnerei in Adorf i. B., von der folgende Schilderung gegeben wird: „Seit September mußten die Spinnereifrauen mehrere Wochen bis abends 8 Uhr arbeiten, nachher aber täglich bis 9 Uhr abends. Vierzehn Tage wurde dieses Loos ruhig getragen, aber die dritte Woche, als dieselbe Arbeitszeit weiter beibehalten werden sollte, rafften sich die Arbeiterinnen auf und klagten ihr trauriges Loos einem Angeheften. Die Familienmütter, darunter eine hochschwangere Frau, der infolge der Anstrengung die Füße angeschwollen waren, erklärten, daß bei dieser Arbeitszeit ihre armen Kinder hungrig ins Bett gehen müßten und daß sie selbst infolge der mangelhaften Belüftung Schaden an ihrer Gesundheit nehmen würden; die Frauen versicherten, daß sie es bei diesem fortwährenden Ueberstunden schließlich nicht mehr aushalten könnten. Alles war vergebens. Nun versuchten es sechs bis sieben Arbeiterinnen, die Ueberstunden für zwei Tage zu verweigern, danach aber die gewöhnliche Zeit wieder einzuhalten. Was war aber die Folge? Am Sonnabend, den 13. November, erhielt jede der Arbeiterinnen 50 Pf. Abzug, eine davon sogar die Kündigung wegen Ueberstundenverweigerung. Nebenbei haben die Arbeiterinnen auch noch zu leiden unter der Behandlung des Meisters.“

Quittungen über eingegangene Beiträge ist strafbar. Die „Volksstimme“ in Magdeburg hat seit ihrem Bestehen über die den Vertrauensleuten der Gewerkschaften zugegangenen Gelder für die Unterstützung der im Auslande sich befindlichen Arbeiter und Arbeiterinnen quittirt, ohne das Polizei- oder Staatsanwaltschafts hiergegen eingeschritten ist. Die Quittungen waren sämmtlich von dem Empfänger der Gelder unterzeichnet und sind von der Redaktion der „Volksstimme“ anstandslos aufgenommen worden. Neuerdings ist hierin ein Verstoß gegen § 1 der Polizeiverordnung vom 20. Mai 1890 in Verbindung mit § 20 des Reichsdruckgesetzes erlitten und der frühere Redakteur Vahl mit Geldstrafe bedacht worden. Die Strafen sind verhängt worden Aufnahme von Quittungen über die zur Unterstützung der Steinarbeiter, Holzarbeiter und Metallarbeiter bei den Vertrauensleuten dieser Berufe eingegangenen Gelder. Aufforderungen zur Geldsammlung haben die vorbezeichneten Vertrauensleute nicht ergehen lassen. Dasselbe ist auch von der Redaktion der „Volksstimme“ zu hören.

Die Aufrechterhaltung des Strafbefehls scheint uns selbst für Magdeburger Verhältnisse unthunlich.

Die Forderungen der nordböhmischen Bergarbeiter sind von den Verwaltungen abgelehnt worden. In dem Antwort-Schreiben heißt es, daß eine 20prozentige Lohnerhöhung nicht bewilligt werden könnte. Der Bestand vieler Betriebe werde dadurch geradezu in Frage gestellt. Die Löhne im Revier seien so schon die höchsten, die in Oesterreich gezahlt werden. Anerkannt von den Zechenbesitzern wird die von den Arbeitern zur Begründung ihrer Forderungen ins Feld geführte gegenwärtige Theuerung der Lebensmittel. Diese sei aber nur „vorübergehend“, rechtfertige also durchaus nicht die beanspruchte Lohnerhöhung. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden lehnen sie rundweg ab. Schließlich erklären sie sich bereit, mit ihren Arbeitern zu unterhandeln, „berechtigten Wünschen“ der Belegschaften würden sie gern entgegenkommen.

Die ungarischen Feldarbeiter halten während der Weihnachtstagsfeier einen Kongress in Budapest ab. Die Tagesordnung ist eine hochwichtige; sie umfaßt u. a.: Regelung der Arbeitsverhältnisse; die Sozialdemokratie; Arbeiterschutzgesetz; Aufhebung des Dienstbotengesetzes u. s. w. Für die Verhandlungen sind drei Tage in Aussicht genommen.

Für Süd-Ungarn tagt außerdem am 1. und 2. Januar u. J. ein Bauern- und Landarbeiter-Kongress in Temesvár mit fast denselben Verhandlungsgegenständen.

### Unternehmer-Verbände.

Der Zentralverband deutscher Kaufleute hat an den preussischen Handelsminister eine Eingabe gerichtet, die sich gegen die Uebergriffe von Hochpreis-Bereinigungen wendet. Der Verband erkennt zwar die Nothwendigkeit der Bildung von Syndikaten unter bestimmten Voraussetzungen an, er wendet sich aber dagegen, daß einige dieser Dinge, wie z. B. das Salzsyndikat, es den Detailsyndikaten unmöglich machen, jederzeit gute Waare zu bekommen und sich Preisvortheile durch Einkauf im großen oder durch Anknüpfung billiger Transportmöglichkeiten zu beschaffen, ferner daß z. B. ein Syndikat mit der Absicht umgeht, jedem der ihm angehörigen Betriebe ein bestimmtes Abgabebiet zuzuwiesen, wodurch dem Detailsyndikat die Möglichkeit einer Auswahl in dem betreffenden Artikel sehr beschränkt sei.

Die Standard Oil Company, die große Trustbildung der amerikanischen Petroleuminteressen, versucht, wie bereits mitgeteilt, ihre Konkurrenten immer mehr vom Markt zu verdrängen. Nachdem die Gesellschaft durch niedere Preise seit längerer Zeit die Konkurrenten arg geschwächt hatte, machte sie den Versuch, die Petroleum-Engros-Geschäfte in Süddeutschland gänzlich in ihren Interessentenzirkel zu ziehen. Wie der Plan angelegt war, zeigen jetzt die bekannt gewordenen Bedingungen, die von der Oil Company den Großhändlern vorgelegt wurden. Danach sollten die Kunden der beiden in Deutschland bestehenden Zweiganstalten der Oil Company auf drei Jahre einen kontraktlichen Inhabersvertrag unterzeichnen: 1. nur eine bestimmte Menge Petroleum anzulassen, und zwar von keinem anderen Geschäft, 2. nicht mehr zu kaufen, als sie während der drei letzten Jahre im Durchschnitt abgeholt, 3. sich in keiner Weise selbst an Petroleum-Engros-Geschäften zu betheiligen, 4. Bücher zu führen, die jederzeit der Prüfung der Gesellschaft offen sein sollen, 5. nicht mehr Nutzen zu nehmen, als die Gesellschaft vor schreibt. Eine weitere Bedingung geht dahin, daß die Großhandlungshäuser nur innerhalb eines abgegrenzten Bezirks Petroleum sollen verkaufen dürfen. Wie wir schon berichtet haben, hat sich in Mannheim eine Versammlung der Interessenten des Petroleum-Geschäfts schon entschieden gegen diese Abmachung erklärt und wurde den bedrängten Kaufleuten von der Pure Oil Company, einer Konkurrenzgesellschaft, die in Mannheim große Tankanlagen erbaut und in Hamburg und Rotterdam solche besitzt, angeboten, die Lieferungen an Stelle der Oil Company zu übernehmen. Im anderen Falle stellte die Pure Oil Company in Aussicht, daß sie das Detailsyndikat in Süddeutschland nach Errichtung ihrer Tankanlagen in Mannheim selbst betreiben werde. Auf diese Art sind die Engros-Händler in arge Bedrängnis gekommen. Zunächst glauben sie nicht, daß die Pure Oil Company kapitalträchtig genug ist, um der zu erwartenden großen Konkurrenz die Spitze bieten zu können, andererseits erwacht ihnen aber doch eine nicht unbedeutende Konkurrenz, wenn sie wiederum dem Druck der Oil Company nachgeben. Haben die süddeutschen Großhändler nicht Einspruch, um die Oil Company von ihrem Vorhaben abzubringen, dann wird sich zwischen beiden Gesellschaften ein erbitterter Konkurrenzstreit abspielen, und nach dessen Beendigung werden die Konsumenten zu den Kosten herangezogen werden.

### Soziales.

Hamburgisches. Am 21. November war es ein Jahr, daß in Hamburg eine Versammlung von Schenkern den Streik beschloß, weil die Versuche einer gütlichen Einigung mit den Stauern gescheitert waren. Das war der Beginn des großen Hafenarbeiter-Ausstandes. In einem Rückblick auf jene bewegte Zeit schreibt das „Hamburger Echo“:

„Das einzige, was als positives Ergebnis des Riesenkampfes ersicht, das war das Versprechen, daß eine vom Senat geleitete Kommission die Verhältnisse der Hafenarbeiter prüfen und, wenn sich Mißstände herausstellen sollten, eine Besserung in die Wege leiten sollte. . . . Von alledem, was erwartet wurde, ist nichts, gar nichts eingetroffen. Es blieb alles, alles beim Alten. Zwar hat

die Enquete-Kommission zahlreiche Sitzungen gehabt, sie hat Experten aus der Arbeiter- und der Unternehmerklasse vernommen, und in ihren Protokollen dürfte für den Sozialpolitiker wie für den Kulturhistoriker wertvolles Material zu finden sein, das viel leicht auch einmal benützt werden kann; jetzt aber ruht es noch in irgend welchen Aktenordnungen. Nur keine Ueberhäufung! Und hat das Publikum bis jetzt keine Kenntnis von den Ergebnissen der Enquete bekommen, so hat es noch viel weniger Gelegenheit gehabt, einen Versuch zu einer wirklichen Reform der Arbeiterverhältnisse am Hafen konstatiren zu können. Vielleicht wird man uns einwerfen: Eine alte Forderung der Hafenarbeiter ist der Erleichterung nahe; der Senat hat der Bürgerkammer die Anstellung eines Hafeninspektors vorgeschlagen. O ja, das ist gut; und gerade heute kommt der Bericht des zur Prüfung dieses Antrages eingesetzten bürgerlichen Ausschusses zur Aufgabe. Er ist sehr lehrreich, dieser Bericht. Der bürgerliche Ausschuss — das dürfte maßgebend sein für die Entscheidung der Bürgerkammer selbst — will nämlich den Hafeninspektor der Deputation für Handel und Schifffahrt unterstellen und auf deren Vorschlag ernannt wissen; weiter will er dieselbe Behörde als Rekursinstanz gegen Anordnungen des Hafeninspektors, Mitglieder dieser Deputation sind unter anderen Herr Ferdinand Laeisz, H. C. M. Joder, J. F. E. Wöhlen und P. Wende! Sehr überflüssigerweise spricht der Bericht auch noch die Erwartung aus, „gelingt es aber, eine geeignete Persönlichkeit zu finden, so werde nicht zu besorgen sein, daß sein Wirken irgend welche berechtigten Interessen schädigen könnte“. Nein, wirklich, das können auch wir nicht annehmen, daß das Wirken eines Hafeninspektors, der den Bericht des Ausschusses etwa als Leitfaden für sein allgemeines Verhalten nähme, die „berechtigten Interessen“ der Herren im Hafen schädigen könnte. Die Stellung des Hafeninspektors ist analog jener der Fabriksinspektoren gedacht, und das klingt sehr schön, aber — es zeigt auch bei näherer Betrachtung, daß der Hafeninspektor in Wirklichkeit „nirgends“ haben wird. Der Fabriksinspektor hat nämlich die Gewerbe-Ordnung, auf welcher er setzen kann, und er hat die bundesstaatlichen Bestimmungen; der Hamburger Hafeninspektor aber hat nichts, rein gar nichts, auf das er sich berufen könnte. . . . Dieses In-Aussicht-Stehen des Hafeninspektors ist buchstäblich alles, was von den schönen Illusionen der Optimisten noch bleibt. Wo blieb die Regelung der Arbeitszeit? Wo blieb das Vorgehen gegen die Ausbeutung der Hafenarbeiter bei Vergütung und Entlohnung der Arbeit, das sogenannte „Wirtschaftssystem“? Wo blieben die Maßregeln zur Verhütung von Unglücksfällen, zur Fürsorge für Verletzte? O, unser humanes Zeitalter! Die Hafenarbeiter haben diesen Sommer darum gebeten, daß ihnen gestattet werden möge, durch Ueberbrennen eines Blincklichts ärztliche Hilfe herbeizurufen, wenn Nachts an Bord eines Schiffes ein Unglück sich ereigne. Und diese Bitte ist abgeschlagen worden! — Ein Jahr ist es seit Beginn des großen Streiks. In diesem Jahre wird das Publikum wohl genügend darüber belehrt worden sein, was von unserem gegenwärtigen Regime zu erwarten ist. Es zeigt sich eben ohnmächtig, unfruchtbar.“

Zur Lage der Landarbeiter. Auf dem Gute Waltershausen waren, wie der Berliner „Volks-Zeitung“ aus Schneidemühl mitgeteilt wurde, im vergangenen Monat 33 Schulkinder beschäftigt, deren als Schlafstätte ein Bodenraum über dem Stall angewiesen worden war. Vom Herboden war dieser Schlafraum nur durch eine Bretterwand getrennt. Der Zugang zum Schlafraum war in der Dunkelheit so unthunlich und gefährlich, daß es fast nicht möglich war, ihn zu finden; trotzdem wurden den Mädchen Laternen nicht geliefert, und in dem Schlafraum fand sich weder ein Tisch noch sonst ein Gegenstand, auf den sie ein Licht hätten stellen können. Als die Schulkinder Ostlich Blänke am Abend des 13. Oktober ihr Lager aufsuchen wollten, mußte sie, um die übrigen Schulkinder, die so eng zusammengepackt lagen, daß sie sich kaum umbrechen konnten, nicht zu treten, ein Licht anzünden, das sie in einer Spalte der Bretterwand befestigte. Hierbei fing das Heu Feuer und in kurzer Zeit brannten der Stall und eine Scheune vollständig nieder. Den Schulkinder gelang es nur unter großer Mühe, sich zu retten, dagegen verbrannten fast ihre sämtlichen Sachen. Die Straffammer verurtheilte die Blänke wegen fahrlässiger Brandstiftung zu 3 M. Geldstrafe. In der Urtheilsbegründung heißt es, es sei auf die niedrigste Strafe erkannt worden, weil die Hauptschuld an dem Feuer nicht die Angeklagte, sondern diejenige Person treffe, die derartige Zustände abzuwenden lasse.

Auf wie vielen Gütern namentlich des Ostens mag es um die Schlafstätten der Arbeiter ebenso schlecht bestellt sein!

Nebenerwerb in der Landwirtschaft. Während die landwirtschaftliche Betriebsstatistik für Preußen ergeben hat, daß der landwirtschaftliche Nebenerwerb weniger werden — was auch ganz mit der sonst beobachteten Tendenz unserer Volkswirtschaft auf Spezialisierung in einer Branche übereinstimmt — hat sich im Königreich Sachsen ein ganz anderes Bild ergeben, nämlich eine ungenügende Häufung des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs. Es hängt dies wohl damit zusammen, daß sich speziell in Sachsen die Industrie mehr und mehr auf das Land hinzieht und so den Arbeitern Gelegenheit giebt, noch einen landwirtschaftlichen Nebenerwerb anzuknüpfen.

Sieht man jede, auch die kleinste landwirtschaftlich benutzte Fläche von wenigen Acren noch als einen landwirtschaftlichen Betrieb an, so sind am 14. Juni 1895, nach den Veröffentlichungen des kgl. sächsischen statistischen Bureaus, im ganzen Königreich 196 708 landwirtschaftliche Betriebe vorhanden gewesen. Von den Inhabern dieser Betriebe waren 74 658 oder 38,54 pCt. selbständige Landwirthe, 8976 oder 4,54 pCt. landwirtschaftliche Aufsichtsbearbeiter, Diensthöfen und Tagelöhner mit eigenem, gepacktem oder deputatlande und nicht weniger als 110 674 oder 56,92 pCt. in einem anderen Erwerb als Hauptberuf thätig.

Von den 110 674 Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe, die die Landwirtschaft als ihren Nebenberuf ansahen, hatten als ihren Hauptberuf angegeben: 77 498 Inhaber oder 70,41 pCt. die Industrie, 6975 oder 6,34 pCt. den Handel, 5842 oder 5,31 pCt. den Verkehr, 5507 oder 5 pCt. die Gärtnerei, Fisch-, Thierzucht oder Forstwirtschaft, 4228 oder 3,84 pCt. die Schank- und Gastwirtschaft, 907 oder 0,82 pCt. wechselnde Lohndarbeit und 9119 Inhaber oder 8,28 pCt. irgend einen anderen Beruf. Der weitest größte Theil dieser Betriebe hat aber einen sehr geringen Flächenumfang; es umfassen nämlich weniger als 1 ha 84 188 Betriebe oder 76,48 pCt., 1 bis 5 ha 22 815 oder 20,73 pCt., 5 bis 20 ha 2820 oder 2,56 pCt., 20 bis 100 ha 248 oder 0,22 und über 100 ha nur 8 Betriebe oder 0,01 pCt.

### Deutschen und letzte Nachrichten.

Alel, 22. Nov. (B. G.) In Marinekreisen verlautet, daß die Bildung einer zweiten Kreuzerdivision für Ostasien befohlen sei, bestehend aus den Schiffen „Kaiserin Augusta“, „Gisela“ und „Deutschland“.

Leipzig, 22. November. (B. Z. B.) Der Reichsgerichtsrath Dr. Stenglein tritt, wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, am 1. Januar in den Ruhestand.

Paris, 22. November. (B. G.) Bei der Abfahrt der für Afrika bestimmten Rekruten sind Abscheidungen vorgekommen; einige Begleiter der Rekruten wurden in polizeilichen Gewahrsam genommen.

Paris, 22. November. (B. Z. B.) General Pellier geht seine Untersuchung der Esterhazy-Angelegenheit mit Eifer und Nachdruck fort. Heute vernahm er den Grafen Esterhazy unter Gegenüberstellung mehrerer Zeugen.

Now, 22. November. (B. G.) Laut einer Meldung des „Messagero“ soll der Justizminister dem Staatsanwalt in Wolofara den Auftrag erteilt haben, die auf Crikpi bezüglichen Aktenstücke der Kammer vorzulegen.



**Kokales.**

**In den Stichwahlen.** Von sozialdemokratischer Seite ist beim Magistrat Beschwerde geführt worden, daß bei der Stadtoverordneten-Wahl bezüglich der Legitimation der Wähler allzu peinlich vorgegangen und unter anderem die Invalideitätskarte als Nachweis nicht angenommen worden ist. Der Dezerent des Wahlbureaus, Herr Stadtrath Bohm, hat daraufhin angefragt, eine Verfügung an die Wahlvorsteher zu erlassen, worin die außer den Wahlkarten geltenden Legitimationen, namentlich: Invalideitätskarten und -Ausstellungen, Militärpapiere, Mietkontrakte, Ortskrankenkassen-Bücher, ausgeführt werden! — Wer eine Wahlkarte, die jetzt aus neue verfaßt werden, nicht erhalten hat, kann sich dieselbe auch im städtischen Wahlbureau, Poststraße abholen; um jedoch bezüglich der ungenügenden Zustellung von Wahlkarten für die Zukunft Wandel zu schaffen, ist es erwünscht, daß diejenigen, welche seit dem 1. Juli d. J. nicht verzogen sind und eine Wahlkarte nicht erhalten haben, ihre Adresse dem Genossen Stadt. Vogtherr, Stephanstr. 80, mitteilen.

**Den heutigen Freisinnigen ins Stammbuch.** „Der Kommunismus“, das „rote Gespenst“ rückt nahe, rufen unsere Kommunal-freisinnigen, schreien von Eugen Richter's „Freisinnigen Zeitung“, bekanntlich wiederholt entsteht aus, um die sozialdemokratischen Angriffe zu bekämpfen, welche Mittel zur Verwirklichung einer gedeihlichen Schulpflicht mit Rücksicht auf die soziale Lage der überwiegenden Mehrheit der Berliner Bevölkerung verlangten. Eine ganz ähnliche Gespensterfurcht suchten die ultrareaktionären Feinde einer allgemeinen Bildung der verfassungsmäßigen Forderung auf unentgeltlichen Schulunterricht und auf Schulzwang entgegenzusetzen. Damals antwortete der noch ungemauerte, freisinnige Abgeordnete Darfort jenen Dunkelmännern wörtlich: „Was den Kommunismus anlangt, so erkenne ich in der Wildung den edelsten Kommunismus, der sich denken läßt! Das Wissen ist keine Domäne, woraus nur einzelne die Hand legen sollen. Es ist ein Gut, das von Gott allen Menschen bestimmt ist und wer zu seiner allgemeinen Verbreitung beiträgt, hat nach meiner Ueberzeugung noch mehr getan, als er auf irgend eine andere Weise thun kann.“ Für Darfort wäre demnach ebenso wie für Waldeck heute in den Reihen der „freisinnigen“ Partei kein Platz.

**Elektrische Eisenbahnen.** In dem Vortrage, den am Sonnabend der Regierungs-Baumeister Braun in der Urania über „Elektrische Eisenbahnen“ hielt, wurden sehr interessante Daten über die bestehenden elektrischen Tunnel- und Unterpfasterbahnen beigebracht. Der elektrische Betrieb ist ja fragelose, bedeutend rationeller und billiger, als der mit Pferden, und hat sich auch dem Dampfbetrieb als überlegen erwiesen; doch zwingt die Rücksicht auf den übrigen Straßenverkehr die elektrischen Bahnen zu einer gewissen Langsamkeit, so daß die Fahrgeschwindigkeit, die erreicht werden könnte, bei weitem nicht angewendet wird; bei uns in Berlin fahren die elektrischen Bahnen ja vielfach mit Pferdebahnen auf demselben Geleise und sind schon dadurch genötigt, die Geschwindigkeit der Pferdebahnen nicht zu überschreiten. Für große Städte mit starkem Verkehr ist daher die von selbst gebotene Form der Straßenbahn die elektrische Hochbahn, die auf besonderen Viadukten die Straßen entlang geführt wird, oder die unterirdische Bahn, die das Straßenbild in keiner Weise verändert und den übrigen Verkehr absolut nicht stört, so daß man mit der größten Geschwindigkeit von der Peripherie bis in das verkehrreichste Zentrum gelangen kann. Unsere Verkehrsdeputation, die vor einigen Jahren eine große Kundreise durch die europäischen Großstädte gemacht hatte, gab ihr Urteil freilich dahin ab, daß man in Berlin sehr gut, sehr billig und sehr rasch befördert werde; aber deswegen bleibt es doch unglücklich und für unsere Söhne, ja für uns selbst schon nach 10 Jahren ganz unfaßbar, daß wir uns diese elende Pferdebahnbeförderung so lange gefallen lassen, bei der man geschlagene dreiviertel Stunden braucht, um z. B. von Kurfürstendamm oder vom Wedding nach dem Spittelmarkt zu kommen, eine Strecke, die eine elektrische Hoch- oder Tiefbahn bequem in einer Viertelstunde zurücklegen kann.

Zuerst kam man natürlich in der verkehrreichsten Stadt der Welt, in welcher das Sprichwort: „Zeit ist Geld“ in volstem Maße gilt, in London, zum Bau von unterirdischen Bahnen; London besitzt bereits drei unterirdische elektrische Bahnen, durch die die City, der Zentralkreis des tiefsten Verkehrs, mit der Peripherie der Stadt verbunden ist. Alle drei sind als Zerstreuungsbahnen gebaut, die in beträchtlicher Tiefe unter dem Straßenpflaster hinführen; infolge dessen sind überall Aufzüge für die Personenbeförderung nötig, durch die die Anlagelosten sehr erheblich vermehrt werden. Sie betragen pro Kilometer bei weitem je 4,1 Mill. Mark, bei der dritten, die mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, 6,28 Millionen Mark. Vergleicht man die Zahlen mit der Berliner Stadtbahn, die 5,1 Millionen Mark für jeden Kilometer erfordert, so sieht man, daß im allgemeinen selbst der Bau einer elektrischen Tief-Tunnelbahn billiger ist, als derjenige einer mit Dampf betriebenen Eisenbahn. Noch viel günstiger stellt sich die Sache, wenn man nicht genötigt ist, einen tiefliegenden Tunnel zu bauen, sondern die Bahn ziemlich nahe unter der Oberfläche der Straße anlegen kann; eine solche von Siemens u. Halske gebaute Unterpfasterbahn besitzt Budapest schon seit 1894. Die lichte Höhe des Tunnels, der rechtseitigen, nicht, wie in London, kreisförmigen Querschnitt hat, beträgt 2,55 Meter, die gesammte Höhe von der Fahrschiene bis zur Straßenkante nur 3,8 Meter. Da man nicht allzu tief in die Erde einzudringen braucht, so wurden die Anlagelosten erheblich geringer; sie betragen in Budapest nur 1,7 Millionen Mark pro Kilometer.

In Berlin werden vier elektrische Hochbahnen, wie sie in Liverpool und Chicago bereits besteht, vom Zoologischen Garten bis zur Warschauer Brücke erhalten. Sie soll durch die Tauentzien- und Kleist-Straße über den Rosendorfsplatz nach dem Hallschen Thor führen, von wo sie zunächst dem Kanal folgt. Auf dem Gelände des alten Tredeaner Bahnhofes wird sie eine Abzweigung nach dem Potsdamer Bahnhof erhalten; doch wird sie dort als Unterpfasterbahn nach dem Anker der Budapest ankommen, und als solche auch vom Potsdamer Bahnhof in zwei Strecken weiter geführt werden; die eine geht über das Brandenburger Thor und das Reichstags-Ufer entlang bis zur Schlossbrücke, die andere geht durch die Poststraße über den Hauptvogelplatz nach dem Spittelmarkt, und von da wiederum als Hochbahn an dem Spree-Ufer entlang bis zur Köpnicker Brücke. Wir werden in Berlin demnach das Hochbahnsystem mit dem unterirdischen vereinigt sehen. Hoffentlich werden beim Bau dieses modernen Verkehrsmittels auch die Forderungen der Arbeiter in Bezug auf Behandlung, Lohn und Arbeitszeit, die ja auch durchaus dem modernen Geiste entsprechen, gebührend berücksichtigt; leider kann man das bisher der Firma Siemens u. Halske, die den Bau ansah, nicht nachtragen.

**Die nervöse Gerichtsheit, die einzelne Gewerbegerichts-Vorsitzende manchmal zur Schau tragen,** hat uns schon öfter zu kritischen Ausführungen Anlaß gegeben, und immer wieder wird darüber geklagt. Die Hauptursache ist wohl, daß die gelehrten Herren mit ihrem gesellschaftlichen Schicks das naive Vertrauen mancher Arbeiter und Arbeiterinnen, die eben nur ein Pantlöffel-Gymnasium besucht haben, nicht begreifen können. In den meisten aller Fälle, wo wirklich die Würde des Gerichts nicht ganz streng gewahrt bleibt, wäre Rücksicht viel eher am Platze, als die verlegenden, im Laufe der Verhandlung vorgebrachten Vorwürfe. Aus der letzten Sitzung der Kammer I wird uns folgendes berichtet: Zur Verhandlung eines Rechtsstreites gegen den Schürzenfabrikanten Krndt erschien die Klägerin D., ein noch junges Mädchen, in Begleitung ihres Vaters. Dieser einfache Arbeiter konnte sich nicht enthalten, die Darlegungen des Beklagten mit dem Ausruf

zu unterbrechen: „Das ist eine Unwahrheit!“ Der Vorsitzende bellte, der ihn vorher angewiesen hatte, ruhig zu sein, fuhr ihn jetzt gleich an: „Schweigen Sie still, verstehen Sie denn nicht deutsch!“ Und als später der Mann seine weinende Tochter zurückführen wollte und erklärte, er habe jetzt mit Herrn Krndt auch „ein Wörtchen“ zu sprechen, da unterbrach ihn der Assessor wütend: „Nehmen Sie sich in acht, Sie haben gar kein Wörtchen hier zu sprechen, was sind das für Ausdrücke!“ — Ein solches Vorgehen ist doch wohl nicht gerechtfertigt, wenn auch der Vater der Klägerin sich nicht „gemäß“ ausdrückte und ohne die besondere Erlaubnis des Vorsitzenden das Wort ergriff.

**Die Tatsache, daß Berlin in der Häufigkeit seiner Ehescheidungen in der ganzen Welt nur vom Lande der Mormonen, Utah, und einigen anderen westlichen Staaten Nordamerikas übertrifft** wird, ist nur wenig bekannt. Nach dem Durchschnitt der letzten Jahrzehnte kommen auf je 10 000 Ehen in Berlin 31,92 Scheidungen. Ueberschritten wird dieses Verhältnis nur in Utah mit 96, Montana 75,1, Wyoming 70,6, Colorado 67,2, Nevada 62,5, Oregon 45,5, Washington 45,9, Kalifornien 44,9, Idaho 39,6 und Illinois 33,5. In Europa nähert sich dem Berliner Durchschnitt einigermassen Hamburg mit 26,7 auf Zehntausend. Selbst das über berühmte Paris hat nach der Einführung des geltenden Gesetzes über die Ehescheidung seit dem Jahre 1884 nur 21,2 Ehescheidungen auf 10 000 Verheiratete im Jahr, bis dahin 14,1; ganz Frankreich seit 1884 8,5, vorher 3,1. In demselben Verhältnis hat die Schweiz 20,9, Dänemark 17,1, Brandenburg 16,9, das Königreich Sachsen 15,7, oder ungefähr ebensoviel wie Massachusetts, die Provinz Sachsen 10,8, beide Preußen 9,1, Pommern 8,5, Schlesien 7,2, Thüringen 7,1, Schleswig 6,5, Posen 5, die Niederlande 4,6, Darmstadt 4,5, Württemberg 3,9, Elsaß 3,8, Mecklenburg und Westfalen 3,7, Baden 3,3, Hannover 3,2, Ungarn 3,1. Ueber 2 haben Belgien, die Niederlande und Schweden, über 1 Oesterreich, Italien, Schottland, Norwegen und Island, unter 1 England und Irland. Die hohe Zahl der Ehescheidungen in Berlin erklärt sich nach einer Veröffentlichung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin daraus, daß die großen Städte überhaupt mehr Ehescheidungen aufweisen als das ländliche Land. In den meisten Großstädten überwiegen in der Regel die jüngeren Ehepaare, die häufiger geschieden werden. Dies macht allein etwa einen Zuschlag von einem Viertel aus. Auch das Mietkassenwesen wirkt nicht gänzlich auf das Familienleben und das daraus begründete Eheglück. Ferner macht die durchschnittlich größere Wohlhabenheit der Städte eine gerichtliche Regelung der Vermögensverhältnisse häufiger wünschenswert. Endlich ist, nach dem Statistischen Amt, die Scheidung Familienangelegenheiten vor Gericht zur Sprache zu bringen, in der großen Stadt nicht so groß, wie in kleineren Verhältnissen.

**Der Religionskrieg in der Volle'schen Meierei** ist nunmehr beendet. Bekanntlich hat Herr Volle auf den Vorwurf der „Märkischen Volkszeitung“, daß er seine katholischen Arbeiter in den protestantischen Gottesdienst zwingt, mit der Entlassung der jugendlichen Arbeiter katholischen Glaubens und der Kündigung der erwachsenen katholischen Arbeiter geantwortet. Eine Brutalität, die nicht nur von Katholiken, sondern von allen rechtlich denkenden Leuten verurteilt und auch von uns gebührend gekennzeichnet wurde. Am Sonntag fand aus Anlaß des Vorgehens des Herrn Volle eine von etwa 1500 Teilnehmern besuchte Protest-Verammlung katholischer Männer in Moabit statt, wo der Redakteur Greiner von der „Märkischen Volkszeitung“ die Geschichte des Streites, die unseren Lesern bekannt ist, rekapitulierte. Der Redner führte unter anderem einige erst jetzt zu seiner Kenntnis gekommene Bekundungen früherer Volle'scher Arbeiter an, aus denen hervorgeht, wie es mit dem „freiwilligen“ Kirchenbesuch der Arbeiter bestellt ist. Ueber die Kirchenbesucher wurde eine genaue Liste geführt, nach Beginn des Gottesdienstes würden die Stuben und Betten reserviert, um festzustellen, wer sich etwa drücken wolle. Wer nicht in die Kirche gehe, muß 50 Pf. Strafe zahlen, und wer dreimal den Gottesdienst schwänze, werde entlassen. Ein katholischer Klempner, der vor Jahren bei Volle arbeitete, sei gezwungen worden, dem protestantischen Gottesdienst beizuwohnen. Der Vorsitzende der Versammlung empfahl eine Resolution zur Annahme, die in energischem Tone gegen die Entlassung der katholischen Arbeiter protestiert und das Vorgehen Volle's als Verstoß gegen die christliche Toleranz bezeichnet. Während bisher eine entschiedene protestantische Stimmung in der Versammlung herrschte, rief nunmehr der katholische Geistliche für Moabit, Prior Benz, zum Frieden mit Herrn Volle. Er theilte mit, daß er mit dem Herrn Kommerzienrath Rücksprache genommen, und derselbe ihm zugesprochen habe, er wolle keinen katholischen Arbeiter zwingen, dem protestantischen Gottesdienst zu besuchen, das katholische Bekenntnis solle kein Hindernis bei der Einstellung eines Arbeiters sein und auch keine Ursache zur Entlassung geben. Der Wiederentstellung der bereits entlassenen jungen Leute habe sich Herr Volle dagegen widersetzt, um nicht den Schein auf sich zu werfen, daß er klein beigeben habe. Die Versammlung, die sich bis dahin in wagemüthiger Kampfstimmung gehalten hatte, fand nun mit einem Male an der Friedenschalmei ihres geistlichen Hirten Ergötzen. Mit demselben Jubel, den vorher die flammende Protestrede des katholischen Redakteurs begleitet hatte, wurde nunmehr der Resolution des Priors zugestimmt. Die Versammlung erklärte sich mit den in der Sache wenig belangreichen „Zustandfindungen“ des Herrn Volle einverstanden und legte das Gelübnis ab, von nun an jede Agitation gegen den eifernden Kommerzienrath zu unterlassen. Herr Volle wird sich freuen, daß er so billig davon gekommen ist. Wir haben erst vor einigen Tagen dargelegt, daß vom Aufhören des Gewissenszwanges im Volle'schen Betriebe nicht früher die Rede sein kann, als bis die dort beschäftigten Arbeiter sich gewerkschaftlich stramm organisiert haben.

**Die Armenspeisungs-Anstalt** wird ihre Thätigkeit am 1. Dezember wieder beginnen. In den 15 Küchen werden täglich mittags von 12—1 Uhr warme Suppen gegen Marken verabfolgt werden, die von den Bedürftigen bei den zuständigen Armen-Kommissionen in Empfang zu nehmen sind.

**Wegen der Aufstellung einer architektonischen Bank und Errichtung eines Springbrunnens** auf dem Andreasplatz, deren Kosten der städtische Kunstfonds deckt, wird es erforderlich, die Anlagen auf dem Platz zu erweitern. Die Kosten hierfür werden in den Etat des nächsten Verwaltungsjahres eingestellt werden. Ferner hat die Parlamentsdeputation beschlossen, zur Herstellung gärtnerischer Anlagen auf dem Helmholzplatz und dem Gelände am Plansee und Waterloo-Ufer die Summe von 32 000 M. und 10 500 M. in den Etat einzustellen.

**Als am Todensontag** unsere Genossen gewohntermaßen in Menge nach dem Begräbnisplatze der Freireligiösen Gemeinde in der Pappel-Allee wanderten, um die Gräber der wackeren Kämpfer anzusehen, fand vor dem Eingange ein junger Mann, der schweigend und mit demüthiger Miene den Kommenden fromme Traktätschen überreichte. Dieselben waren vom Pastor Hamlyn verfaßt und im Verlage der Deutschen evangelischen Buch- und Traktatgesellschaft erschienen und trugen die Ueberschrift: „Meine Hoffnung wird immer herrlicher“. Ob der Zweck, viele Ungläubige auf den Weg des Heils zurückzuführen, damit erreicht worden ist, möchten wir bezweifeln. Die herrliche Hoffnung wird wohl sehr herabgedrückt werden müssen.

**Am Sonnabend ist hier mit der Abholung der Postpakete** aus größeren Geschäften zur Entlastung der Postschalter begonnen worden. In der fünften Stunde fuhr der erste Postwagen vor den Geschäften vor, begleitet vom Chef der Paketabtheilung, von einem Postkath und einem Postassistenten, die das erste Mal den Betrieb übernahmen, Wünsche entgegennahmen und etwaige Auskunft erteilten. Die neue Einrichtung wirkt, dem „Konf.“ zufolge, zur vollsten Zufriedenheit für alle Beteiligten. Für

Abholung eines jeden Pakets wird ein Pfennig berechnet. Ein Wunsch der großen Geschäfte war, daß über die Nachnahmeforderungen quittirt wird, wozu sich die Postbehörde noch nicht entschließen konnte. Durch Entgegenkommen der Kaufleute ist aber auch hierüber eine Einigung erzielt worden; sie haben nachgegeben, daß im Falle des Verlustes, auch wo die Quittung vorhanden ist, nicht der volle Werth der Nachnahmeforderungen, sondern nur der bei gewöhnlichen Paketen übliche Satz vergütet wird.

**Polizeikampf gegen die Anarchisten.** Der Beschlagnahme verfiel auch die neueste Nummer der anarchistischen Wochenschrift „Neues Leben“. In die Hände der Polizei sind bei der Haus-suchung in der Wohnung des Expedienten sowie in der Expedition selbst ungefähr 400 Exemplare gefallen. — Ebenfalls konfisziert wurde gestern früh 8 Uhr die neueste Nummer des „Sozialist.“

**Nachklänge von der vorjährigen Gewerbe-Ausstellung.** Wegen Genehmigung einer Geldlotterie zur Deckung des Defizits der Treptower Ausstellung waren die bei der Zeichnung des Garantiefonds beteiligten Grundbesitzer aus dem Südosten der Stadt mittels Enebelat-Eingabe vom 12. Dezember v. J. vorstellig geworden. Darauf ist vor einigen Tagen der Beschluß ergangen, daß der Kaiser nach erfolgtem Bericht von den Ministern des Innern und für Handel und Gewerbe diesen beiden Ministern die abschlägliche Bescheidung der Bittesteller ausgetragen hat. — Die Angelegenheit hat also beinahe ein Jahr geschweht. Der erste Termin in den Garantiefonds-Prozessen steht am 24. d. M. vor dem Landgericht I an, dürfte aber eine Entscheidung noch nicht bringen, da die umfangreiche Klagebeantwortung erst vor kurzem dem kaiserlichen Anwalt zugestellt ist und eine weitere schriftliche Vorbereitung nötig sein dürfte.

**Ein Aussteller-Schuhverband** hat sich anlässlich der Vorkommnisse bei der Nahrungsmittel-Ausstellung in Berlin konstituiert.

**Die Tage der Vogelweise** in der Uferstraße sind gezählt. Das den Newe'schen Erben gehörige Grundstück, wo die Vogelweise sich befindet, das der Gastwirth Körner gepachtet hatte, ist vor längerer Zeit an die Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft verkauft worden. Die neue Besitzerin strengte gegen den Pächter die Räumungsklage an. Der Verklagte wurde verurtheilt, das Grundstück bis zum 1. Dezember zu räumen, womit auch die Vogelweise verschwindet.

**Die „Zelte“ im Thiergarten** werden in der bisherigen Form bestehen bleiben, da sich die Kaufverhandlungen mit einem Befizier zerschlagen haben, indem derselbe einen zu hohen Preis forderte.

**Die beiden Opfer** des Eisenbahn-Unfalles auf dem Potsdamer Ring-Bahnhofe wurden gestern, Montag, Nachmittag unter Teilnahme einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge auf dem Fontänen-Friedhofe am Fürstendamm-Bege auf Besten zur letzten Ruhe bestattet.

**Wegen Ermordung seines Kindes** ist in der Nacht zum Montag der 22 Jahre alte Arbeiter und Klavierspieler Otto Neumann, Jahnstraße 18a, in seiner Wohnung festgenommen worden. — Die Kriminalpolizei theilt das Resultat ihrer Erhebungen in folgender Weise mit: Als gestern Abend die 19 Jahre alte, verheiratete Arbeiterin Johanna Neumann geborene Geisendorf von ihrer Schwester, die sie in der Wirthschaft geholfen hatte, in ihre Wohnung in der Jahnstraße 18a zurückkehrte, besorgte sie selbst noch wirtschaftliche Arbeiten und betrat gegen 11 Uhr die Wohnstube. Hier fand sie ihren anscheinend betrunkenen Mann schlafend auf dem Sopha, während die ein Jahr alte Tochter Anna mit Blut besudelt und nachden als Leiche unter seinen Füßen lag. Da die Frau nun selbst um ihr Leben fürchtete, zog sie leise die Leiche unter den Füßen des Mannes fort und flüchtete zu ihren Eltern in der Schliemannstr. 46. Von dort aus begab sie sich mit dem todtten Kinde auf dem Arm auf das 59. Polizeirevier, wo sie gegen 1 Uhr eintraf. Sie bezeichnete ihren Mann als den Mörder, da er das Kind geholt und schon zu wiederholten Malen geschlagen habe. Der Ehemann wurde sofort festgenommen. Man fand Blutspuren an seinen Händen, den Ärmeln und dem Hemde. Das Weltgestell des Kindes war zertrümmert. Der Mann hat das Kind anscheinend bei den Beinen erfaßt und mit dem Kopfe gegen das Weltgestell geschlagen. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht und die Wohnung verschlossen. Bei seiner Vernehmung vor dem Kriminalkommissar gab Neumann an, er sei am Vormittag um 11 Uhr aus der Wohnung fortgegangen, um mit Wiffen seiner Frau das Kind von seinem Schwiegereltern zu holen, um mit ihm zu seinen eigenen Eltern in der Veteranenstraße zu gehen. Um 5 Uhr sei er mit dem Kinde von den Eltern fortgegangen und habe dann mit einem Bekannten in einer Schankwirtschaft getrunken. Er erklärte weiter: Ich kann mich nicht entsinnen, wann ich mit dem Kinde nach Hause gekommen bin, und was vorgegangen ist. Insbesondere weiß ich nicht mehr, ob ich das Kind geschlagen oder in anderer Weise gemishandelt und dadurch den Tod herbeigeführt habe. Ich war hinlos betrunken. Den Vorlag, das Kind zu tödten, hatte ich nicht. — Neumann ist bereits wegen Diebstahls, Hausfriedensbruchs, Körperverletzung u. zum theil zu längerer Gefängnisstrafe verurtheilt.

**Am Todensontag** hat sich die 67 Jahre alte Vergolder's-wittwe Marie Ebert geb. Becker aus der Kallborstr. 4 erhängt. Sie litt an einer Sehnenzerrung und war auf der rechten Seite gelähmt. Ihr Mann hatte bis vor sechs Jahren eine eigene Vergoldererei in der Wienerstraße. Den Verlust eines Professes, der ihm sehr viel Geld kostete, nahm er sich so zu Herzen, daß er vor sechs Jahren, ebenfalls am Todensontag, durch Erhängen seinem Leben ein Ende machte.

**Die traurigen Fälle, daß Kinder** ihrem Leben ein gewaltsames Ende bereiten, sind in der gegenwärtigen Periode sozialer Zerfegung nicht ungewöhnlich mehr. Am vorgestrigen Sonntag hat abermals ein unglückliches Kind einen entsetzlichen Selbstmordversuch gemacht. Der zwölfjährige Sohn des Hausdieners Niedballa aus der Jahnstr. 16/17 suchte sich durch einen Sturz aus dem Fenster des vierten Stockwerks zu tödten. Die Mutter des Knaben war geisteskrank und starb in der städtischen Irrenanstalt zu Dallendorf. Auch Otto litt seit einem Jahre schwer an den Nerven und zeigte seitdem oft ein aufgeregtes Wesen. Schon am Sonnabend vor acht Tagen machte der Knabe einen Selbstmordversuch, der jedoch verhindert wurde. Sonntag Nachmittag um 6 1/2 Uhr, führte das unglückliche Kind sein Vorhaben ungehindert aus. Es sprang aus dem Korridorfenster auf den Hof hinab und blieb mit zerstückelten Gliedmaßen auf dem Pflaster liegen. Der noch lebende Knabe wurde mit einem Wagen der Rettungsgesellschaft nach dem Hebwig's-Krankenhaus gebracht; dort ist er gestern seinen Verletzungen erlegen.

**Ob es in diesem Falle** der Kommune nicht möglich gewesen wäre, dem kranken Kinde Unterstutz und Heilung zu bieten, um es so vor der Ausföhrung des letzten entsetzlichen Schrittes zu schützen?

**Ein fürchterliches Geschick** hat den 21 Jahre alten Maurerlehrling Georg B. aus der Chausseestraße 33 in den Tod getrieben. Der junge Mann war erblich belastet. Sein Großvater, sein Vater und zwei Tanten haben in Geistesumnachtung Hand an sich gelegt. Schon als Knabe von 12 Jahren machte auch er einen Selbstmordversuch mit dem Revolver. Mehrere Jahre später, nachdem ihm bei der Arbeit etwas sehlgeschlagen war, versuchte er zum Fenster hinauszuspringen. Am vorigen Donnerstag mißlang ihm wieder etwas, wie es ihm bei seiner Kurzsichtigkeit öfter begegnete. Er nahm sich das so zu Herzen, daß er sich noch am selben Tage aus der elterlichen Wohnung entfernte. Am nächsten Tage erhielt seine Mutter einen Brief, in dem er sie bat, nicht um ihn zu trauern; sie möge sich beruhigen, er könne nicht länger leben. Der junge Mann war nach dem Grunewald gefahren und hatte sich im Jagden 56 eine Revolverkugel ins Herz gejagt. Der Revierförster von Zehlendorf fand seine Leiche.



**Arbeiterkrise.** Durch Zerquetschen des Kopfes wurde am Sonnabend Nachmittag der Maurer Wolf Wichert aus der Gartenstr. 85 getödtet. Wichert war bei Bau eines Kontroll-Weichentums auf dem Rangirbahnhof des Centralviehhofes beschäftigt. Er wollte eine leere Bowy über ein Geleise an der Güterrampe vorbei auf ein anderes Geleise schieben und geriet dabei so unglücklich zwischen die Ränge und die Bowy, daß ihm der Kopf zerquetscht wurde. Der Verunglückte hinterläßt eine Wittve mit drei Kindern. — Durch Ueberrfahren wurde am Sonnabend Abend der Rutscher Eduard Krüger aus der Räderdorferstraße 68 schwer verletzt, als sein Gespann in der Yorkstraße unter der Bahnüberführung scheiterte und durchging. Er wurde überfahren und erlitt eine Schädelverletzung und einen doppelten Armbruch.

**Eine für die Berliner Schankwirthe gefährliche Person** ist auf lange Zeit hinaus unschädlich gemacht worden. Der frühere Boboist A., der einer beim Militär verübten Unterschlagung wegen bestraft und degradirt wurde, hat sich nach seiner Entlassung seinen Lebensunterhalt dadurch verschafft, daß er in Schankwirthehäusern einbrach und Geware, Geld und was sonst für ihn mitnehmenswerth war, entwendete, bis er vor kurzem ergriffen wurde. Bis jetzt konnten ihn 15 derartige Einbruchsdiebstähle nachgewiesen werden, er könnte aber gewiß noch einer ganzen Anzahl gleicher Straftaten überführt werden, wenn sich für eine Menge, größtentheils allerdings geringwertiger, aber zweifellos aus Diebstählen herrührender Gegenstände, welche in seinem Besitz gefunden worden sind, Neugierigen fänden, insbesondere einen Sah Masse-Billardballe, einen Karton mit Siegelack, eine Pistole, Wärfel, allerlei Handwerkzeuge, ein Taschenmesser mit Hirschhornschale, verschiedene Schlüssel, mehrere Klavier-Stimmhämmer, einen auffallend langen Schlüssel zu einer Wanduhr, eine Meerscham-Agarrenspitze mit Bernsteinklebung u. a. m. Die bezeichneten Gegenstände können werthlos zwischen 9 und 12 Uhr vormittags im Zimmer 87 des Polizeibürogebäudes am Alexanderplatz besichtigt werden. Der Beginn des verbrecherischen Treibens des Verhafteten reicht bis in den Oktober vorigen Jahres zurück, andererseits können nach dem 25. Oktober d. J. angeführte Diebstähle nicht von ihm verübt worden sein.

**Von einem schweren Unfall** ist Sonntag Nachmittag gegen 6 Uhr der bei der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft angestellte Stallknecht Treitmann betroffen worden. Treitmann sollte ein Pferd nach dem Pferdebahn-Bahnhof Pankow bringen, wobei das Thier ausglitt und seinen Reiter unter sich begrub. Er hat dabei schwere innere Verletzungen und einen Bruch des rechten Unterarmes erlitten, so daß er nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht werden mußte.

**Feuerbericht.** Sonntag Nachmittag 4 Uhr war Rndtstraße 39 ein Kohlenkasten in Brand geraten, der aber bei Anbruch der Wehr bereits ausgegossen war. Abends 8 1/2 Uhr entstand Blumenstraße 51a ein Bodenbrand, der den Fußboden und die Schwellen beträchtlich beschädigte. Montag Mittag 11 Uhr erfolgte Alarm nach Bernburgerstraße 17, wo ein Korb mit Wäsche in Brand geraten war. Kurz darauf wurde die Wehr nach Mehrbellinerstraße 45/46 gerufen. Hier hatte ausgebrochen ein Feuer gefangen, bei welcher Gelegenheit sich ein Mann erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen zuzog. Der Brand wurde durch die Besamannschaften beseitigt. Endlich erfolgte noch nachmittags 1 1/2 Uhr Alarm nach der Brangelstraße, wo eine Partie Hobelspäne in der Waschküche in Flammen standen.

**Aus der Haft entlassen** wurde am Sonnabend der Diener Veller des Professors Jzrael, der im Verdachte stand, an dem bereits gemeldeten Diebstahl theilhaftig gewesen zu sein. Der Diener war in der Lage, sein Alibi nachzuweisen.

**Orgelkonzert.** Der Mittwoch, den 24. November, mittags 12 Uhr in der Kirchenkirche bei freiem Eintritt stattfindende Orgelkonzert des Musikdirektors Otto Dienel erinnert in seinem Programm an die Todtenfeier. Neu sind darin Variationen über „Veni vobis“ von Dienel, als Mitwirkende werden Hr. Günter Köpfer, Hr. Otto Gerlach, der Violinist Robert Köpfer und der Organist Arthur Wöhrig genannt.

**Theater.** Im Deutschen Theater beginnt die erste Aufführung des neu einkubierten „Küchens von Heilbrunn“ mit Agnes Sorma in der Titelrolle, welche heute, Dienstag, Abend, stattfindet, ausnahmsweise bereits um 7 Uhr. Die Aufführung hat von der früheren Bühneneinrichtung Abstand genommen und giebt den Reichthümern in unveränderter Fassung. — Das Schiller-Theater bringt heute eine Aufführung von „Walden's Tod“, morgen noch eine Wiederholung von „Lurly-Paris“ und Donnerstag die erste Aufführung von „Ganina Samini“ von Paul Dreyse. — Im Freund-Theater kommt demnächst ein Anstaltungsbild „Unter der Rotarmine“ zur Aufführung. „Veden und Veden“, Volkstheater mit Gesang von Doktor Klein, Musik von G. Wanda, gelangt am Donnerstag zur ersten Aufführung. Gustav Wanda, der Komponist, wird die Premiere dirigiren.

### Aus den Nachbarorten.

**Ein läudliches Jhull.** Auf dem Gute Kerchendorf bei Rudwigsfelde, südlich von Berlin, läßt der Kommerzienrath Schwabach von der bekannten Baufirma Neubauer auführen und zwar vom Baumeister P. M. P. u. N. Der Baumeister hat außer zwei älteren Arbeitern auch zwei seiner Lehrlinge nach dem Gut hinausgeschickt. Da diese natürlich nicht heimfahren konnten, mußten ihnen in Kerchendorf Schlafstätten angewiesen werden. Man stellte ihnen denn auch einen unbenutzten Pferdestall zur Verfügung! Als sie, da sie im Stroh stoben, den Gutinspektor um Decken baten, meinte der Mann, sie könnten sich ja welche mitbringen. Nachdem die Feldarbeiter das Gut verlassen hatten, brachte man die Maurer in einer leeren gewordnen Stube der Tagelöhner unter, die wenigstens bedeckt ist. Doch können die Leute während der ganzen Woche ihr schmutziges Arbeitszeug nicht ablegen und sich auch nicht warm waschen. Und dem allen hätte von vornherein aus dem Wege gegangen werden können, wenn man den Arbeitern einen Mann im oberen Stockwerk des Schlosses, das vollkommen unbewohnt ist, zum Aufenthalt außer der Arbeitszeit eingeräumt hätte. Aber die Protetarien hätten gewiß die heiligen Räume entweiht! — Diesen Zuständen wurde durch folgendes Vorkommen die Krone aufgesetzt. Am Mittwoch, den 10. Novbr. wurde in Kerchendorf die neue Kirche eingeweiht. Als die Maurer früh morgens mit ihrer Arbeit beginnen wollten, wurde ihnen bedeutet, daß sie am Einweihungstage feiern müßten. Jeder rechtlich denkende Mensch wird nun annehmen, daß den armen Leuten die unfreiwillige Muße entschädigt wurde. Doch wurde ihnen am Jahlag der Lohn für den Einweihungstag nicht gezahlt, trotzdem ihnen erst an diesem Tage gefagt worden war, daß sie feiern müßten und die meisten Arbeiter einen stundenweiten Weg zur Arbeitsstätte zurückgelegt hatten.

Eine solche Handlungsweise zeigt, was den Arbeiter erwartet, wenn er den Kapitalisten und Unternehmern nicht geschlossen gegenübersteht.

**In Charlottenburg** stehen Mitte Januar n. J. neue Wahlen für das Gewerbegericht bevor. Der Magistrat hat bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, die Zahl der Mitglieder von 18 auf 24 gemäß der Zunahme der Bevölkerung zu erhöhen. Deshalb sind 12 Arbeitgeber und 12 Arbeitnehmer zu wählen. — 85 neue Lehrstellen wird der Magistrat in Charlottenburg im nächsten Jahre errichten. Angestellt sollen werden: 2 Rektoren, 24 Elementarlehrer, 8 wissenschaftliche und 1 Handarbeitslehrer. Seit 1804 sind nicht weniger als 117 Lehrstellen in Charlottenburg neu errichtet worden.

**Vor Hunger umgefallen** ist am Todten-Sonntag um 2 1/2 Uhr nachmittags in Rixdorf vor dem Hause Kaiser Friedrichstr. 244 der 87 Jahre alte Musiker Priglow aus Berlin, Weidingerstr. 5 wohnhaft. Nach seinen Angaben ist er verheirathet, seine Frau liegt krank danieder. Vor 4 Wochen aus dem städtischen Krankenhaus „Friedrichshain“ entlassen, war er auf dem Wege, um Beschäftigung zu suchen und hatte seit Sonnabend früh nichts gegessen. Mitleidbätige Menschen spendten ihm Brot und einige Nidel; auch etwas Warmes wurde ihm in Gestalt von Kaffee und Mittagbrot gereicht. Nachdem er sich erholt hatte, was ca. 1 Stunde dauerte, schlich er wieder langsam weiter.

**Die Schneiderfran Stammis,** die ihren Liebhaber Goldarbeiter Kohnert und dann sich selbst erschossen hat, wurde Sonntag Nachmittag auf dem neuen Schöneberger Friedhof beerdigt. Unter dem Trauergefolge befand sich auch ihr Gemann. Mit kleinerem Geleit ist Kohnert zwei Stunden früher auf demselben Kirchhof bestatet worden.

**Ausgeräumt** wurde dieser Tage der Bau des Banunternehmers Liebert in der Kreuzstr. 18 zu Pankow. Die theilhaftigen Handwerker nahmen die Fenster mit vollständigem Beschlag und die Rohrleitungen wieder in Besitz, rissen die Oefen um und schafften das dazu gehörige Material fort.

**Die neuen großen Vorrig-Werke** bei Tegel sind theilweise bereits in Benutzung genommen. 75 Arbeiter sind in das neue große Montagegebäude eingezogen und ihnen werden bald weitere Arbeiterscharen nachfolgen.

**Am Vorrig'schen Neubau** in Tegel hat sich gestern ein furchtbarer Unglücksfall ereignet. Ein dort beschäftigter Maurer, der in Thüringen zu Hause ist, stürzte mittags um 1 Uhr vom Schornstein 48 Meter tief hinab und blieb mit zerschmetterten Gliedern todt auf dem Platz. Ueber die Ursache des Unglücksfalles liegen seine näheren Mittheilungen vor.

**Ein großes Feuer** brach Sonntag früh um 5 Uhr in der Köpenicker Linoleumfabrik Aktiengesellschaft bei Köpenick, an der Spree, gegenüber von Grünau, aus. Die Köpenicker Ordfeuerwehre wurde im Verein mit den aus den Nachbarorten zur Hilfe herbeigeeilten Feuerwehren des Feuers gegen Mittag Herr. Die Fabrik ist schon mehrfach vom Feuer heimgesucht worden. Die Ursache des Feuers wird auf Selbstentzündung von Materialien zurückgeführt.

## Gerichts-Beitung.

**Vom höheren Kaufmannswesen.** Als der Schankwirth Wille eines Nachts um 1 Uhr in Gemeinschaft seines Schwagers ein Lokal betreten hatte, war er von den dort knieenden Studenten für einen Juden gehalten und unter den Ausrufen „Wohardt hoch“ und „Juden raus“ in unschätzblicher Manier mit Bier begossen, sowie mit Seideln beworfen worden. Herr W. wurde auch zweimal getroffen und durch einen solchen Wurf an der Wade verletzt, so daß das Blut hervorquoll. Damit nicht genug, er wurde gepackt und gewaltsam aus dem Saale entfernt. Da er seinen Schwager in Gefahr glaubte, wollte er wieder hineinbringen, und als ihm dies nicht gelang, soll er aus Wuth die Scheibe einer Mostkür mit seinem Stock zertrümmert haben. Der Staatsanwalt meinte, daß dem Wille in der That sehr übel mitgespielt worden sei, und sprach die Hoffnung aus, daß die beiden ersten Angeklagten als gebildete Menschen Scham über ihr Verhalten an jenem Abend empfinden würden. Es sei festgestellt, daß der Angeklagte Stephan mit einem von ihm geworfenen Bierseidel die Verletzung des Wille verursacht habe, der Ende dagegen zwar geworfen, aber nicht getroffen habe. Letzterer sei daher nur wegen Werfens von harten Gegenständen auf Menschen mit 20 M. Geldstrafe zu bestrafen. Gegen Stephan beantrage er, lediglich damit seine Karriere nicht ganz verdorben werde, keine Gefängnißstrafe, sondern nur eine Geldstrafe von 100 M. gegen Wille, der sich von der begreiflichen Wuth habe hinreißen lassen, 20 M. Geldstrafe. — Der Gerichtshof entsprach bezüglich des Stephan dem Antrage des Staatsanwalts, indem er auf 100 M. Geldstrafe erkannte, bezüglich der Angeklagten Ende u. Wille hielt er eine Geldstrafe von je 10 M. für ausreichend. Wir wollen gegen die milde Behandlung, die dem Rißel Stephan von seiten des Staatsanwalts zu theil wurde, nichts einwenden. Ob man es aber auch einmal erlebt, daß ein Staatsanwalt bei einem angeklagten Arbeiter in Rücksicht darauf, daß dieser nicht seine Beschäftigung verliere, von der Beantragung einer Gefängnißstrafe absieht?

**Eine besondere Art des Diebstahls** hat sich der einstmalige Schreiber, spätere Hausdiener und Arbeiter Franz Treiwald zur Spezialität erkoren, welcher gestern der ersten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. Der Angeklagte schabdet auf solche Neubauten, welche soweit vorgeschritten sind, daß Klempner, Schlosser und Gießerarbeiten darin beschäftigt sind. Wenn diese Arbeiter des Nachmittags den Bau auf eine halbe Stunde verlassen, so schleicht der Angeklagte sich hinein und stiehlt, was er des Mitnehmens für werth hält. Er hat es besonders dabei auf Werkzeuge abgesehen und sind ihm mehrmals dabei Maschinen in die Hände gefallen, welche einen Werth von über 100 M. hatten. Nachdem der Angeklagte bereits wegen derartiger Diebstähle mehrfache Vorstrafen erlitten, wurden ihm jetzt wiederum 21 Fälle zur Last gelegt. Er hatte in der Voruntersuchung einfach angegeben, daß er unmöglich wissen könne, wie viele Diebstähle er begangen habe. Der Gerichtshof hielt den Angeklagten für einen gemeingefährlichen Verbrecher, der mit fünf Jahren Zuchthaus, 10-jährigem Ehrverlust und Polizei-Aufsicht zu bestrafen sei.

**Das die Vorschriften zum Schutze und Wohle der Arbeiter** nicht dazu da sind, um nicht befolgt zu werden, das machte — ein nicht allzu häufiger Fall — Staatsanwalt Liebenow mit eindringlichen Worten dem Buchdruckermeister Lankensberg klar, welcher sich am Montag wegen Vergehens gegen die Reichsgewerbeordnung vor der 129. Abtheilung des Amtsgerichts I zu verantworten hatte. Der Angeklagte hatte in seiner Buchdruckerei jugendliche Arbeiter von 13-14 Jahren beschäftigt und nicht dafür gesorgt, daß diese Knaben die gesetzlich vorgeschriebenen Pausen unverfälscht erhielten. Er entschuldigte sich mit seiner Unkenntniß der in dieser Hinsicht erlassenen Bestimmungen, worauf ihm der Staatsanwalt erwiderte, die erste Pflicht eines Fabrikbesizers sei es, sich die Kenntniß jener Vorschriften anzueignen, welche zum besten der Arbeiter erlassen seien. Der Versuch, welchen der Angeklagte unternommen hatte, die Schuld auf seine Arbeiter zu schieben, die ihn nicht angeklagt hätten, sei ein ganz verfehler. Der Staatsanwalt beantragte 50 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof war gleichfalls der Meinung, daß milde Strafen für dergleichen Vergehen nicht angemessen seien. Da aber dem Angeklagten geglaubt wurde, daß er nur aus Unkenntniß gehandelt hatte, lautete das Urtheil auf 30 Mark Geldstrafe.

**Der angeklagte Puttkamer.** Ein sehr interessanter Beleidigungsprozeß fand am Montag vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts zu Stolp i. P. Ratt. Landrath v. Puttkamer hatte am 28. Juli d. J. eine Verfügung erlassen, in der er den Lehrern des Kreises Stolp sein Mißtrauen ausdrückte, daß die Schulkinder bei Gelegenheit einer Versammlung des Vereins „Nordost“ zur Vertheilung des „Deutschen Reichsblatt“ und des „Deutschen Bauernfreund“ benutzt werden seien. Der „Nordost“ ist bekanntlich ein von der freisinnigen Vereinigung begründeter liberaler Bauernverein und die genannten Zeitungen sind Organe der freisinnigen Vereinigung. In der Verfügung des Landraths wurde den Lehrern verboten, die Schulkinder ferner bei der Vertheilung des „Deutschen Reichsblatt“ und des „Deutschen Bauernfreund“ zu verwenden, zumal die Eltern hierzu nicht ihre Einwilligung gegeben hätten. Die Verfügung schließt mit den Worten: „Ich kann hierin nur einen Mißbrauch der Schulkinder zu gemeingefährlichen Zwecken erblicken, da die vertheilten Schriften ohne Zweifel Aufreizungen von verschiedenen Volksschichten gegen einander und oft Verdächtigungen gegen die lgl. Behörden enthalten.“ In diesen Worten erblickte der Redakteur des „Deutschen Reichsblatt“ und des „Deutschen Bauernfreund“, Richard Brandt, eine Beleidigung gegen seine Person und strengte deshalb gegen den Landrath v. Puttkamer die Beleidigungsklage an.

## Versammlungen.

**Der Strafvollzug.** In der internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre zu Berlin wurde am 20. d. M. mit Rücksicht auf die zur Zeit schwebenden geschäftlichen Maßnahmen die Frage des Strafvollzuges erörtert. Es

sprach der Dozent des Gefängnißwesens, der vortragende Rath im Ministerium des Innern Karl Krohn über das Thema: „Die Stellung und Aufgabe des Strafvollzuges in der heutigen Strafrechtspflege.“ Der Vortragende führte hierbei etwa folgendes aus: Die Frage des Strafvollzuges und seine zweckmäßige Regelung sei bis auf den heutigen Tag das Stiefkind der Strafrechtspflege geblieben. Diese That- sache wird wohl durch nichts besser bewiesen, als dadurch, daß das neue Deutsche Reich es nicht einmal bis zu einer gesetzlichen Regelung des Strafvollzuges gebracht hat. Auch die Wissenschaft hat es verschmäht, die Regelung des Strafvollzuges in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen, so lange man den Strafvollzug nur als eine körperliche oder soziale Verurteilung des Rechtsbrechers ansah. Diese Ansicht war vorherrschend bis in den Anfang dieses Jahrhunderts. Nur die Form wechselte. Aber Zweck und Wesen des Strafvollzuges blieben die gleichen, mochte man als Strafmittel das Ausschließen aus der Volksgemeinschaft zum Verkommen in der Fremde anwenden oder das Tödten und Verschütten, das Arbeiten in den Bergwerken oder auf den Galereen u. s. w. Mit dieser niedrigen Stufe des Strafvollzuges ging Hand in Hand die verachtete Stellung der Strafvollzugsbeamten. Fenster, Büttel und Zuchtnechte wurden von der Volkseinstimmung unter die „unehrlichen Leute“ gerechnet. Je härter die Strafen, je grausamer und gemeiner der Strafvollzug, desto mehr wuchs die Zahl der Verbrecher. Wenn ein Tödtendieb gehängt wurde, so machten seine Junksknosfen auf dem Nichtplatze reiche Leute, vom Fellecknecht und Henker lernten die Knabgesellen den Bürger und Bauer zu soltern, von ihm das Gefändnis, wo er sein Geld versteckt hatte, abzusprengen. In den Gefängnissen bildeten sich die Vanden und Vandenfährer, welche bis in den Anfang unseres Jahrhunderts hinein alle Kulturländer Europa's unsicher machten. Nedner gab nun einen kurzen historischen Ueberblick über die Versuche, diese entsetzlichen Zustände zu bessern. Namentlich war es John Howard, der die öffentliche Meinung zwang, ihren Blick auf die Verbesserung der Gefängnisse zu richten. Alle diese Bestrebungen zielten darauf ab, zu zeigen, daß man strafen könne, ohne den Bekraften leiblich und sittlich zu Grunde zu richten. Nicht vernichten, sondern aufrichten, nicht martern, sondern bessern, nicht austreiben, sondern für die Gesellschaft wiedergewinnen, das ist die Aufgabe der Strafe. Denn auch im Rechtsbrecher ist der Mensch zu achten. Je mehr der Strafvollzug sich bemüht, die verbrecherischen Menschen kennen zu lernen, umso klarer tritt hervor, daß am Verbrecher nicht bloß der Verbrecher Schuld ist, sondern auch die Gesellschaft, daß nicht bloß der eigene Wille den Menschen ins Verbrechen treibt, sondern gesellschaftliche Mißverhältnisse und Schäden, denen der Wille des Durchschnittsmenschen nicht zu widerstehen vermag. Diese Beobachtungen führten dahin, in die individuellen und sozialen Ursachen des Verbrechens einzudringen. Daraus ergab sich die Forderung, die Strafrechtspflege auf anderen Grundlagen, als den bisher gültigen aufzubauen und andere Strafmittel als die bisher üblichen zu wählen, die Vernichtungs- und Marterstrafen zu beseitigen und sie durch die Freiheitsstrafen, welche einer Umgestaltung des Rechtsbrechers und Wiedereinfügung desselben in die Rechtsordnung ermöglichen, zu verfehen. Erst damit hat der Strafvollzug die ihm gebührende Stellung erlangt. Derselbe kann aber die ihm gestellte Aufgabe, den Rechtsbrecher nicht bloß zu beugen, sondern auch zu erziehen, nur erfüllen, wenn der Bekraft ganz individuell behandelt wird, je nach seiner persönlichen und sozialen Eigenart. Eine solche Behandlung oder ist nur möglich, wenn jeder im Strafvollzuge besonders behandelt, wenn die Strafe zunächst in Einzelhaft vollzogen wird. Nedner wies nun nach, wie der Jugendliche ganz anders zu behandeln ist, als der Erwachsene, der Mann anders als die Frau, der Eigentumsverbrecher aus Noth will anders angefaßt sein, als der gewerbmäßige, der wirkliche Redakteur anders als der Sitzredakteur u. s. w. Kurz, sobald man anfängt, zu unterscheiden, wird man kaum 2 Personen finden, die in ihrer Eigenart derart sich gleichen, daß an ihnen in gleicher Weise die Freiheitsstrafe vollzogen werden könnte. Nichts ist unberechtigter, als wenn man gegen die Forderung eines so gestellten, auf sittlichem Ernst und erbarmenter Menschenliebe beruhenden Strafvollzuges den Vorwurf erhebt, er biete nicht das Straßleben, welches das Rechts- richtiger Nachgefühl des Volkes befriedigt, und er hindere den Rückfall nicht. Dieser Uebelstand hat nicht hierin seinen Grund, sondern darin, daß unsere Strafvollzugsanstalten den Anforderungen der heutigen Kultur nicht mehr entsprechen. Wie der Mediziner fortwährend seine Heilmethode und Heilanstalten verbessert und das Studium der kranken Organismen vertieft, so müßten auch die Strafanstalten, — denn die Verbrecher sind gewissermaßen sozial Kranke — verbessert und die Beamten, welche sie handhaben, besser für ihren Beruf vorgebildet werden. — Schließlich noch ein letztes, aber sehr wichtiges. Der Strafvollzug soll die Rückfälle der Bekraften in die Gesellschaft vorbereiten, den delinquenten Rechtsbrecher wieder reklassiren, damit er nicht unwillkürlich in die Arme des Verbrechens getrieben werde. Der Strafvollzug muß daher zur Fürsorge für die Entlassenen die Kuregung geben. Im Strafvollzuge lernen wir die individuellen und sozialen Ursachen des Verbrechens, sowie die Wirkung der Strafe am deutlichsten erkennen. Diese Erkenntniß ist zu benutzen, um Anhalt zu geben zu vorbeugenden Mitteln gegen das Verbrechen, zu den sorgsamsten Maßregeln zur Besserung und Erziehung der verbrecherischen und verwahrlosten Jugend, um dem Verbrechen den Zugang abzuschneiden, zur Beseitigung der die Achtung vor der Strafe vermindern den kurzzeitigen Freiheitsstrafen. Nur nach Erfüllung aller dieser Aufgaben kann von der Strafrechtspflege behauptet werden, daß sie ihren Zweck: „Schutz der Lebensinteressen der Gesellschaft“ verwirklicht.

**Eine gut besuchte öffentliche Aikermacher-Versammlung** tagte am 18. d. M. in den „Arminshallen“, wo der Vertrauensmann Tschernig die Abrechnung vom III. Quartal und vom Keilings- Streik gab. Die gesammten Einnahmen betrugen 1118,40 M. Bestand vom letzten Quartal 111,87 M. Dem stand eine Ausgabe von 1047,70 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 148,47 M. verbleibt. Bonbestand war 660 Stck. Dem Vertrauensmann wurde einstimmig Decharge ertheilt. Unter „Gewerkchaftlichem“ wurden Reduktion der Löhne und verschiedene Mißstände kritisiert, die sich in der Hefse'schen Fabrik herausgebildet haben. Mißbilligung fand auch, daß Herr Hefse fortwährend nach Arbeitern verlangt, um sie wieder abzuweisen. Diese Angelegenheit wurde der Lokalkommission überwiesen, welche die geeigneten Schritte thun soll. Auch wurden die Verhältnisse in der Fabrik von Pflugrot einer sehr scharfen Kritik unterzogen.

**Im Nachbarverein der Musikinstrumenten-Arbeiter** hielt am letzten Sonnabend Genosse Hansen einen Vortrag über: „Die industrielle Maschine in der Volkswirtschaft.“ Nach der sehr lebhaften Diskussion wurde beschlossen, von einer Herausgabe der im Frühjahr 1899 ausgegebenen Fragebogen betreffend Lohn- und Arbeitsverhältnisse zc. in anbeacht der gänzlich unvollständigen Materials abzusehen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, in Zukunft die Versammlungen präzis um 1/2 Uhr zu eröffnen, damit zeitiger als gewöhnlich Schluß derselben erfolgen kann.

**Im Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe** hielt am 18. d. M. Genosse Hoffmann einen Vortrag. Ausgenommen wurden vier neue Mitglieder. Drei Mitglieder sollten wegen ihres Verhaltens bei den Stadtverordneten- Wahlen vor den Vorstand geladen werden.

**In Reinkenendorf** tagte am Sonntag eine Volkversammlung. Von verschiedenen Rednern wird bittere Klage geführt über das Verhalten der Behörden den Arbeitervereinen gegenüber. Dem Männer-Gesangverein „Weiße Rose“ ist vor kurzem unterlagt worden, bei Abhaltung eines Vereinsabends Frauen zuzulassen, weil der Verein ein politischer sei. Nach Ansicht des Amtsvorsehers soll er darum politisch sein, weil er bei sozialdemokratischen Versammlungen mitgewirkt habe. Dagegen, so wurde festgestellt, werde der Rauchsclub, der bei allen patriotischen Festlichkeiten mitwirkt, in keiner Weise bestraft. — Hierauf wurde Klingmann zum Vertrauensmann gewählt, zu Revisoren Glas und Gräul, in die Lokalkommission Rasch und Dülferl.







**Achtung!** Parteilosen und -Genossen des 2. Wahlkreises. Dienstag, den 23. November, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Hartens, Friedrichstr. 236:

# Gr. Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag der Genossin **Lilly Braun** über: Die Roth der Kinder und die Pflicht der Mütter. 2. Diskussion.  
Besonders die Frauen werden ersucht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Die Vertrauensperson.

**Achtung!** Parteilosen und -Genossen des 6. Wahlkreises. Am Dienstag, den 23. November, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Kranz (Victoria-Garten), Badstraße 12:

# Große Volksversammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag der Genossin **Ihrer** über: Die Schutzfrage und die Abwandscheidung vor der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.  
2. Diskussion.  
Um zahlreichem Besuch, besonders der Frauen, ersucht.  
Die Vertrauensperson.

**Achtung!** Am Dienstag, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Brauerei Königsplatz, Schönhauser Allee 10/11:

# Gr. öffentl. Volksversammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Was verlangen wir vom Reichstag? Refer. Reichstags-Abgeordneter **Arthur Stadthagen**. 2. Diskussion.  
Die Kommunalwähler des 32. Wahlbezirks sind ganz besonders zu dieser Versammlung eingeladen. Um recht zahlreichen Besuch ersucht.  
Das Wahlkomitee.

# Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung für den 34. Kommunal-Wahlbezirk am Mittwoch, den 24. November 1897, abends 8 Uhr, in Hensel's Salon, Invalidenstrasse 1a.

Tages-Ordnung:  
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlwahlen. Refer. Reichstags-Abgeordneter Genosse **Bebel**. 2. Diskussion.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.  
Das Wahlkomitee.

**Achtung!** 38. Kommunal-Wahlbezirk. **Achtung!** Am Mittwoch, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße 57:

# Große öffentl. Volksversammlung

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Paul Singer** über: Die Parteien im Reichstag. 2. Diskussion.  
Um recht zahlreichen Besuch, namentlich seitens der Kommunalwähler des 38. Bezirkes, ladet ein.  
Das Komitee.

# Achtung! Dekateure. Achtung!

Mittwoch, den 24. November 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Kintz, Alte Jakobstraße Nr. 83:

# Öffentl. Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Kotzke**. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegierten von der Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes.  
Der Vertrauensmann.

# Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Dienstag, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Feuerlein (oberer Saal), Alte Jakobstr. 75:

# Große öffentl. Schuhmacher-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme gegen die Rahmregelung und rücksichtslose Behandlung der Arbeiter durch Herrn **Brickap**. 2. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.  
Die Agitations-Kommission.

# Achtung! Töpfer. Achtung!

Am Mittwoch, den 24. November 1897, abends 6 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57:

# Sigung der Vertrauensmänner.

Da die notwendig gewordenen Streikunterstützung geregelt werden soll, ist es Pflicht, daß jeder Bau vertreten ist.  
Der Vertrauensmann.

# Achtung! Maurer Achtung!

Berlins und Umgegend. Donnerstag, den 25. d. M., abends 8 Uhr, im Konsensstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:

# Große öffentliche Maurerverversammlung.

Tages-Ordnung:  
Das Ergebnis der am 9. November stattgefundenen Baukontrolle. Der zweite Punkt der Tagesordnung wird in der morgigen Sitzung bekannt gegeben. — Um zahlreichen Besuch hierzu ersucht.  
Die Lohnkommission.

# Billigstes Harmonika-Angebot

Für gute Qual. längst d. bedeutende Umfang mein. Fabrikation. Garantie: Zurücknahme bei Nichtbefriedigung. Die besten Harmonikas sind meine unter Nr. 71775 patentamtlich geschützt. **Accordinas** (Name geistl.); sie haben weicher, schöner, schärferen **Accordinas** Ton u. sind leichter, bequemer zu spielen als alle anderen Form. u. dabei billiger! — Eine zehnklangige **Accordinas** mit 2 Klappen, 24stimmig, unverwundl., 11/16 alt. Doppelbalg mit Metallklappen u. kostet nur **Mk. 4.50** gegen Nachnahme. Porto 80 Pf. Rep. u. Schule zum Selbstlern. frei! — Naturgetreu in Baum aufgebl. Abbild. über 2 und 3sch. 17, 19- und 21klappig. Instrumente zur Ansicht franco durch **Karl Adolf Meinel, Hinterhofstr. Nr. 5.**

# Sonnabend: Rest-Verkauf!

**Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.**  
**Brenner & Cie.,**  
Alte Jakobstrasse No. 57-59.

# Sozialdemokratischer Wahlverein für Cetzow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Mittwoch, den 24. November, abends 8 Uhr, im Lokal Bismarckshöhe, Wilmersdorferstrasse No. 39:

# General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht und Rechnung des gemeinsamen Vorstandes und der Revisoren.  
2. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. 3. Die Mitglieder und die letzten Stadtverordneten-Wahlen. 4. Diskussion über beide Punkte. 5. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand.  
NB. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Billeto zu unserem am Sonntag, den 27. November, stattfindenden Sitzungsfest in den bekannten Stadtverordneten-Wahlen, 4. Diskussions über beide Punkte. 5. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten. Wir ersuchen um möglichst zeitigen Abgang der Billeto.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)  
Mittwoch, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstraße 20/21:

# Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:  
1. Die neuesten Unternehmervorstände. 2. Die Heberstunden-Arbeit. 3. Der Streit bei Eberhardt. 4. Verschiedene Werkstatt-Differenzen. 5. Verhandlungsangelegenheiten.  
Die Kollegen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

# Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin.)  
Am Mittwoch, den 24. November 1897, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20:

# Bezirks-Versammlung für Süden und Centrum.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Dr. Joël** über: Die Ursteingelt. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Die Kollegen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

## Frauenleiden.

Öffentlicher Vortrag am Mittwoch, den 24. November, abends 7 1/2 Uhr, Badstraße 19, demontiert an großen Lichtbildern mit der Entschlingung, Verhütung und Heilung obiger Leiden vom praktischen Naturheilkundigen **Grundmann**.  
Geführte nur Frauen willkommen. Eintritt 20 Pf.  
**Verein für Körper- u. Naturheilkunde**  
Alexanderstraße 8.  
Sprechzeit von 11-1 u. 6-8. Sonntags von 11-12.

# Die Heilkraft meines Brombeerweines

Es erprobt bei Nerven, Verdauung, Husten, Erkältung, Infuenza, Schlaflosigkeit, Gebrauchsanweisung auf dem Etikett jeder Flasche. Geschmack wie Portwein, Preis pr. Fl. 1,10 Mk. inkl. 10 Pf. 10 Fl., 30 Sorten anerkannt beste, reine Fruchtweine von 40 Pf. bis 1,50 Mk. einschl. 10 Pf. 10 Sorten Fruchtweine. Preisliste mit Beschreibung über Wert und Heilkraft der Fruchtweine bitte zu verlangen.  
Dieser reine Brombeerwein ist von herrlichem Geschmack und als Trankgetränk, besonders bei feuchtem Wetter, auch für die feinste Tafel, sehr zu empfehlen.  
— Stadtwetter-Auditeur Brinckmeyer, 83, I. im Spielhaus.  
In Berlin und nachsten Vororten sende frei Haus.  
**D. Mader, Berlin S., Prinzenstr. 37.**  
Verandlungsgeschäft gesundheitsfördernd. Nahrungsmittel.

# Verkaufsstellen:

S. u. SW. Cengstfeld, Bergmannstr. 14; Mader, Pringelstr. 37 u. 83; Braun, Kolonnenstr. 5; Cuvrystr. 46 im Restaurant. N. u. NW. Krause, Alsterstr. 83/84; Schwann, Reinickendorferstr. 23a; Pohl, Brunnensstraße 155; Kugelfürche 58, im Badwägen-Geschäft; Werner, Altmühlstr. 15. O. u. SO. u. NO. Schmidt, Petersburgerstr. 88; Rautsch, Große Frankfurterstraße 65; Behl, Marienburgerstraße 36; Reumann, Blumenstr. 21a. C. u. W. Henke, Spandauer Brücke 1a; Warzahn, Potsdamerstr. 16; Völkel, Neue Winterfeldstr. 47; Genossenschaft „Häfel“, Brüderstraße 41/42; Charlottenburg: Sieff, Grolmannstraße 18; Schöneberg: Niemann, Colonnenstr. 1.

# Künstl. Zähne 2 M. Schmerzl. Zahnziehen 1 M., Plomb. 1,50 M. Theils. Zahnarzt: Wolf, Leipzigerstr. 22, Spr. 9-6 U.

# Brunhilde! Roland Cheviot!

Unverwundliche u. echtfarbige Spezialitäten der Firma **Carl H. Klippstein & Co., Muhlhausen i. Thür. No. 11**  
Weberel und Versand-Geschäft.  
Unsere reichhaltige Kollektion von Damen- und Herrenstoffen sowie Portieren steht auf Wunsch franko zur Verfügung.  
Zahlreiche, uns unverlangt zugewandene Anerkennungs-schreiben bezeugen die **Vorzüglichkeit** unserer Stoffe.

# B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porzänschneidemaschinen

Porzellan, Kaffee- u. Zigarrenstücken, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büchsen, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Reparat. (Man verl. Preisliste franko.)

# Anerkannt allerbeste Wäsche-Mangel



machte eisernen Gehül., 2-Rollen-Verstellung, Preis Mk. 19,50, mit 2 polierten 50 cm langen Hartstahlwalzen, 2 pol. Antriebsbreiten und mit 2 Kammern versehen, womit auf jed. Linie befristet wird. Er mit am Mangel gewollte Wäsche erhält eine solch vorzügliche Qualität, daß das Wässern damit ganz überflüssig. — Beste Garantie.  
NB. Nicht zu verwechseln mit den aus Holz bestehenden Mangeln, welche nur ganz billigen Gehül. hat u. ohne Schwungrad.  
**Wringmaschinen,**  
aus bester Fabrikat. 86 cm langer prima Walzen, doppelt verschiebbar, Preis Mk. 15,50.  
Verkauft in Berlin gegen Vorbehalt od. Nachnahme. **G. Schuberth & Co., Kommandantenstr. 17, 1. Etage. (Kein Laden.)**

# M. 19,50. Goldabfälle 36110! Zu Weihnachten!

Gold, Silber, Rehrhild, Treffer, Platin  
Cigarren in Kisten von 1 Mk. an bei  
kauft die Scheide-Kunst. Zimmerstr. 32. **Sinnestädt, Schillingstr. 36. 36425**

# Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin.)  
Sonnabend, den 4. Dezember 1897, in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit No. 47-49:

# Gr. Vokal- und Instrumental-Konzert,

ausgeführt von Zivil-Berufsmusikern unter Leitung des Herrn **Waldemar Guttmann**, sowie vom Berliner Männer-Quartett „Harmonie“  
Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**  
— Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach. —  
Anfang punkt 8 1/2 Uhr. Billet 25 Pf.  
Alles Nähere besagt das Programm, welches beim Eintritt unentgeltlich zur Ausgabe gelangt.  
Die Ortsverwaltung.

# Unions-Brauerei (grosser Saal), Hasenhaide 22-31.

Sonnabend, den 27. November 1897:

# Grosses Konzert

veranstaltet vom **Orchester-Verein „Allegro“** (48 Mitwirkende) zur Feier des 8. Stiftungsfestes.  
Zur Aufführung gelangen u. a.: Ouverture „Wilhelm Tell“, Die diabolische Elster, Fantasia „La Traviata“, Traumbilder, Blumenfestlicher etc. **Billets à 25 Pf.** zu haben bei **Julius Meyer**, Wienerstrasse 1-6.

# Beuge vor der Noth! Für 10 Mark

Allgem. Volks-Krankentasse G. S. 126.  
Staatlich genehmigt für ganz Deutschl. Hauptkassentotal: **Märkerstr. 1741.** Telefon-Amt II. 2436.  
Kleine Beiträge!  
Krankengeld auch für Sonn- und Feiertage wird gezahlt 13 Wochen im vollen und weitere 13 Wochen im halben Betrage. — **Märkerstr. 1741, Braunerstr. 19, Graunerstr. 9, Hallestr. 4 und Stollgerstr. 82** werden Beitritts-Erklärungen entgegengenommen.  
Agenten gegen hohe Provision jederzeit gesucht.

# Dr. Ringelmann

Spezialarzt für 36032  
**Haut-, Harn- und Unterleibsleiden.** Friedrichstr. 160, zw. Linden u. Behrenstr. 11-2, 5-7.

# Dr. Simmel Moritzplatz,

Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

# Bahn-Atelier.

Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung u. 2 M., Plomben u. 2 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen mit. Cocain, Chloroform, Chloroform und Narkose unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Heilung u. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigung umsonst; Kautschuk gefärbt, Woche 1 Mk.  
**Guckel, Kautschuker Weg 2, Gieselerstraße 12, Sieglitzerstraße 71**

# Zahn-Atelier A. Janner,

Badstr. 15. Künstliche Zähne 2 M., auch Teilzahlung, Plomben etc.  
14635 Künstliche Zähne etc.  
**C. Gedicke, Streifgasse 52.**

# Künstliche Zähne.

H. Steffens, Rosenhaldenstr. 61, 2 Tr. 1. Teilzahlung pr. Woche 1 Mk.

# Original-Löwenbitter

Das beste für den Wagen.  
In Flaschen à Mk. 0,60, 1,10 u. 1,80.  
Wie im Ausland überall zu haben.  
Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen.  
**R. F. Mittelstädt**  
Weinhandlung und Wild-Handel  
N., Brunnenstr. 152.

# Deutsch. Vortier

Deffert, u. Malztraktier f. Rang. Brauerei **Burgthaler, Vordamm**, begr. 1736, bef. f. Biertrinke, Bratfranke  
Weiß, Wösch, Rekon. u. d. leicht bekömmlich, nachherkräftigste Bier. — Ist blutbildend, besch. best. Geschmack u. Gewichtsverlust. — 14 Flaschen, drei, 50 gegen Mk. 1,50. In Geb. 1/2, 1/4, 1/8 u. 1/16. — Selbstabw. wertvoll. bill. Klein-Verkaufsst. f. Berlin u. Prov. Vortierkellerei **Ringler, Berlin, Brunnenstr. 152.** Nicht-Geldzahlung — Qual. entseid.

# intelligenter Arbeiter

Zur Anlage einer Verzinserei im großen Maßstabe, speziell für große Eisenwerke, und zur Leitung derselben, wird ein  
**intelligenter Arbeiter** bei hohem Gehalt für außerordentlich gesucht.  
Offerten bitte zu richten an **Gustav Schmith & Co., Berlin O 27, Alexanderstr. 23 III** links. Eventuelle persönliche Vorstellungen nachm. 2-4 oder Sonntag vorm. 9-11.

# Verfüßlerer gesucht!

Blumenstr. 34, II. 19156  
Arbeiterin auf leichte Arbeit, guter Lohn, verk. Trebstowstr. 37, 4 Tr. 19528  
**Näherinnen** auf Krügen, Manichetten u. Kleidern werden finden sofort dauernde Beschäftigung im Hause der **Georgine Wotzger, Leipzigerstr. 59.** 19376